

# Freie Demokraten

Kreisverband  
Osnabrück **FDP**



# **PROGRAMM ZUR KOMMUNALWAHL**

**OSNABRÜCK  
ENTSCHEIDET.**

© 2019 FDP Kreisverband Osnabrück

## **Impressum:**

Freie Demokratische Partei (FDP)  
FDP Osnabrück  
Hinrich Geelvink, Kreisvorsitzender  
Große Gildewart 21  
49074 Osnabrück  
Tel. +49 159 06447042  
E-Mail [kreisverband@fdp-osnabrueck.de](mailto:kreisverband@fdp-osnabrueck.de)  
Konto: 11 924, Sparkasse Osnabrück (BLZ 265 501 05)  
WWW: [www.fdp-osnabrueck.de](http://www.fdp-osnabrueck.de)  
E-Mail: [kreisverband@fdp-osnabrueck.de](mailto:kreisverband@fdp-osnabrueck.de)  
FB [www.facebook.com/fdp.osnabrueck](http://www.facebook.com/fdp.osnabrueck)

## Präambel

Die FDP Osnabrück steht für eine Gemeinschaft von Menschen, für die die individuelle Entfaltung in gesellschaftlicher Verantwortung im Mittelpunkt steht.

Daher müssen Chancen- und Generationengerechtigkeit, soziale Teilhabe, Integration, Wirtschaftsförderung und Arbeitsplatzangebote sowie Erhalt einer gesunden Umwelt gewährleistet werden. Deshalb sind Freiheit und Verantwortung untrennbar miteinander verbunden. Liberale Kommunalpolitik steht vor diesem Hintergrund für die Eröffnung von Lebenschancen aller Menschen in einer offenen, toleranten und auf die gemeinsame Gestaltung der Zukunft gerichteten Stadtgesellschaft in Osnabrück

### Die FDP Osnabrück will dies erreichen durch

- Stellung des Oberbürgermeister, der die Weichen richtig stellt,
- intelligente Verkehrssteuerung,
- innovative Wohnkonzepte,
- zukunftssichere Finanzplanung,
- Abfederung der Pandemieauswirkungen,
- Förderung und Fordern der Bildung auf allen Ebenen von der frühkindlichen bis zur Erwachsenenbildung,
- Unterstützung und neue Konzepte der Bürgerbeteiligung und des Ehrenamtes,
- Optimierung der Familienstadt durch neue kreative Angebote,
- kluge Sozialpolitik mit Empowerment von Netzwerken,
- Integration durch transkulturelle Projektförderung,
- Sicherheit durch Synergieeffekte,
- Attraktivität von Kunst und Kultur durch kreative Synergien,
- Maximierung der Sportangebote und weitere Instrumente der Gesundheitsförderung sowie
- ökologische Effizienz als Querschnittserfordernis

**Nur eine starke FDP ist Garant dafür, dass diese Ziele praktische Politik werden und Osnabrück für alle Menschen eine lebenswerte Heimatstadt bleibt.**

**Die FDP Osnabrück benötigt dazu Ihre Unterstützung und Ihre Stimme am 12. September 2021!**

## Weltbeste Bildung für Osnabrück

Frühkindliche Bildung und Kinderbetreuung - Trägervielfalt stärken: In der frühkindlichen Bildung werden die Weichen für die gesamte Bildungslaufbahn gestellt. Wir Freie Demokraten wollen deshalb die Qualität der Kitas in Osnabrück verbessern. Wir Freie Demokraten fordern, dass jedes Kind die Chance auf frühkindliche Bildung erhalten soll. Wir wollen die Trägervielfalt erhalten. Wir sehen die Betreuung unserer Kinder nicht als eine reine Unterbringungsmöglichkeit während der Arbeitszeit der Eltern; wir sehen sie vielmehr als Chance zur Förderung der Entwicklung und des Lernens in einer kindgerechten Umgebung unter der Anleitung und der Obhut von Fachpersonal. Uns ist deshalb wichtig, dass alle Eltern ab Geburt des Kindes einen tatsächlichen Platz in einer passenden Betreuungseinrichtung erhalten. Dabei soll den Eltern die größtmögliche Wahlfreiheit geboten werden, um das richtige Betreuungsangebot für ihr Kind zu finden. Es gibt eine Vielzahl von Betreuungskonzepten und Trägern. Nur wenn ein vielfältiges Angebot vorhanden ist, kann für jedes Kind der beste individuelle Platz gewährleistet werden. Bürokratische Hürden, die die Schaffung privater Betreuungseinrichtungen erschweren, müssen daher abgebaut werden. Die Betreuungszeiten wollen wir flexibilisieren, um den unterschiedlichen Arbeitszeiten der Eltern gerecht zu werden. Schließlich fordern wir auch eine 24-Stunden-Kita für Osnabrück.

**Erhalt eines differenzierten, vielfältigen und begabungsgerechten Schulsystems:** Wir Freie Demokraten fordern den Erhalt eines vielfältigen und begabungsgerechten Schulsystems. Nur wenn die Bildungsvielfalt erhalten bleibt, werden wir eine Qualitätsverbesserung erreichen. Dabei spielt für die spätere Entwicklung des Kindes die richtige Auswahl aus dem breiten

Bildungsangebot eine wesentliche Rolle. Es ist wichtig, dass die Schulträger verschiedene, regional abgestimmte Angebote vorhalten, um mit einem breiten Spektrum sämtliche Lernbedürfnisse der Schülerinnen und Schüler abdecken zu können.

**Demokratiebildung in der Schule und in den kommunalen Bildungsangeboten vorantreiben:** Schulen und alle weiteren Orte der Kinder- und Jugendpädagogik in der Stadt bieten umfassende Möglichkeiten der Erfahrung von demokratischer Beteiligung und Mitbestimmung. Junge Menschen lernen Demokratie durch Erfahrungen mit Demokratie. Wir Freie Demokraten fordern daher, dass Demokratiebildung als Teil der pädagogischen Konzepte in Schulen, Kinder- und Jugendhilfe und den Vereinen und Verbänden mehr Aufmerksamkeit erfährt - und mit Leben gefüllt wird. Nie gab es mehr zu tun für die Aufrechterhaltung der Demokratie in jedem Lebensalter und von Beginn an.

**Sanierungsstau bei den Schulen angehen:** Gute Bildung braucht gute Schulen, auch im Sinne von ordentlicher Bau- und Infrastruktursubstanz. Der Sanierungsstau bei den Schulen muss durch Bereitstellung der nötigen Mittel und pragmatischer Handhabung von Bauvorgaben beseitigt werden. Priorität muss die möglichst schnelle Verfügbarkeit von Schulraum mit in jeder Hinsicht einwandfreier, moderner und digitaler Infrastruktur sein.

**Digitale Schule:** Wir Freie Demokraten wollen die Schulen Osnabrücks aus der Kreidezeit ins Digitalzeitalter katapultieren. Dazu wollen wir die Fördergelder des Digitalpakts zügig beantragen. Schulen wollen wir bei Ausschreibungen und anderen bürokratischen Hürden unterstützen. So wollen wir die Schulen mit Glasfaser, WLAN und moderner Präsentationstechnik ausstatten. Alle Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrkräfte erhalten ein digitales Endgerät für den Unterricht. Damit die Wartung der IT-Infrastruktur nicht den Lehrkräften zur Last fällt, fordern wir digitale Hausmeister an den Schulen. Eine moderne Digitalinfrastruktur ist aber nur der erste Schritt. Lehrkräfte müssen auch lernen, wie sie die neuen Möglichkeiten pädagogisch sinnvoll nutzen. Deshalb wollen wir gemeinsam mit dem Landkreis ein Programm zur Fortbildung von Lehrkräften auflegen.

**Ganztagsbildung für alle jungen Menschen fördern:** Wir Freie Demokraten fordern die flächendeckende Einführung ganztägig organisierter Schulen mit alters- und entwicklungsgerechten Konzepten der Verzahnung von Bildung, Betreuung und Erziehung. Wir fordern daher den zügigen weiteren Ausbau von Ganztagsangeboten in den Grundschulen und den weiterführenden Schulen der Stadt. Hierbei sollen Eltern über die Teilnahme am Ganztagsangebot gerade im Primarbereich entscheiden können. Eine umfassende kommunale Bildungsplanung soll dem geplanten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung frühzeitig Rechnung tragen und die notwendigen Kapazitäten schaffen. Betreuungsmöglichkeiten in Randzeiten und in den Ferien sind sicherzustellen. Im Sekundarbereich sind Ganztagskonzepte für Jugendliche zu entwickeln, die unterschiedlichen Interessen, Neigungen und Fähigkeiten sowie der Entwicklung in der Jugendphase gerecht werden. Hier können auch gebundene Ganztagsformen und solche mit einer ausdrücklichen Einbeziehung außerschulischer Lernorte relevant sein. Wir Freie Demokraten verstehen Ganztagsbildung in Osnabrück als Kooperationsprojekt zwischen Schulen, Kinder- und Jugendhilfe, Vereinen und Verbänden und weiteren Bildungspartnern vor Ort.

**Die Region als kommunale Bildungslandschaft weiter fördern:** Bildung findet immer und überall statt, wo junge Menschen Erfahrungen sammeln, lernen, aktiv sind, sich und Erwachsenen begegnen. Die Vielfalt der Bildungsgelegenheiten erfordert daher die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure in der Stadt und ihren Stadtteilen. Die Kooperation von Schulen, Kindertagesstätten, Kinder- und Jugendarbeit, Vereinen und Verbänden ist weiter zu fördern und zu verankern. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Bildungslandschaft Osnabrück ein, die genauso vielfältig ist wie ihre Stadtgesellschaft.

**Ausbau der Kindertagespflege:** Wir Freie Demokraten fordern, dass die Kindertagespflege weiter ausgebaut und angemessen vergütet wird. Neben den Tageseinrichtungen leistet auch die Kindertagespflege durch qualifizierte Tagesmütter und -väter einen wichtigen Beitrag, um flexible Betreuungsangebote zu schaffen. Um auch dem Bildungsanspruch gerecht zu werden, sind die Qualifizierungsangebote für angehende Tagespflegekräfte auszuweiten und dabei verstärkt Aspekte der frühkindlichen Bildung zu vermitteln.

**Bildung beginnt aber nicht erst mit der Einschulung:** Erfolgreiche Bildung fußt im familiären Umfeld und ist auch im Rahmen der frühkindlichen Bildung Teil der Arbeit in den Kindertagesstätten. Bildung endet auch nicht mit dem Eintritt ins Berufsleben. Eigenständige Bildung soll Teil des gesamten Lebensweges sein. Lebenslanges Lernen muss vielfältig möglich sein, nicht nur an Volkshochschulen.

**Ganztägig, inklusiv, interprofessionell, in der Stadt vernetzt – Schule der Zukunft:** Wir Freie Demokraten fordern eine kommunale Bildungsplanung, die die Fachbereiche der Stadt zusammenführt und Grundlagen für Bildung mit Weitblick schafft - für die persönliche Entwicklung der jungen Menschen, ihre berufliche Zukunft und Teilhabe in der Gesellschaft. Um den Anforderungen an eine bestmögliche Bildung optimal zu entsprechen, benötigen Schulen ein erweitertes Fundament und Selbstverständnis: Mehr Eigenverantwortlichkeit, die regelhafte Zusammenarbeit unterschiedlicher pädagogischer Berufsgruppen an der Schule, ihre konsequente inklusive Ausrichtung und Vernetzung in der Stadt. Hierfür ist die Fachlichkeit aus den Bereichen Schule, Soziales, Kinder und Jugend, Familien, Integration und Gesundheit zu bündeln. Die Stadt kann Schulen auch unabhängig von den geltenden Zuständigkeiten gestalten: Die Schule der Zukunft ist ein kommunaler Bildungsort im Netzwerk.

**Inklusion ist eines der elementaren Themen der Bildungspolitik:** Es geht darum, jeden Schüler mit seinen Begabungen und Fähigkeiten als besonders zu erkennen. Die Stadt Osnabrück als kommunaler Träger muss sich ihrer Verantwortung bewusst sein und die räumlichen Voraussetzungen für gemeinsames Lernen schaffen.

**Berufliche Bildung:** Ausbildende Betriebe sind das Rückgrat des Mittelstandes und gehören zu den wichtigsten Lernstätten unserer Stadt. Wir wollen die ausbildenden Betriebe bürokratiearm unterstützen und werden Übernachtungsmöglichkeiten für Auszubildende schaffen. Die überörtliche Weiterbildung schafft einen Wissenstransfer in allen Bildungseinrichtungen. Schulen und Betriebe sollen früher zusammengebracht werden.

**Die Universität Osnabrück und die Hochschule Osnabrück sind ein wichtiger Teil unserer Stadt:** Die Wechselwirkungen zwischen Stadt und Bildungseinrichtungen haben Vorteile für beide Seiten. Unsere Stadt profitiert von der innovativen Sphäre der Hochschulen, für die Hochschulen ist eine Vernetzung zur Wirtschaft in ihrem Umfeld von hoher Bedeutung.

### **Dafür steht die FDP:**

- Bildungskosten für Kinder aus prekären Verhältnissen: »German Dream-Programm« für die Schulen: Wir Freie Demokraten fordern weltbeste Bildungschancen für jeden. Dazu wollen wir ein German Dream-Programm für die Schulen auflegen, um Schülerinnen und Schüler aus prekären Verhältnissen zu unterstützen. Die bessere Verknüpfung des Vorschulbereichs und der Grundschulen ist durch verbindliche Vereinbarungen zwischen den entsprechenden Institutionen unter Einbeziehung der Eltern zu schaffen.
- Gezielte Bewegungsförderung muss bereits in den Kindertagesstätten stattfinden, da Bewegung und Lernen einander begünstigen.
- Erzieherinnen und Erzieher sind bei ihrer Qualifizierung besser zu unterstützen, um der Lernfreude der Kinder gerecht zu werden.
- Faire Lastenverteilung der Kosten der Kinderbetreuung: Das Land Niedersachsen hat durch die Übernahme der Kindertagesstättengebühren für die Regelbetreuungszeit die Erziehungsberechtigten finanziell entlastet. Gleichzeitig ist festzustellen, dass die Kosten der Kinderbetreuung immer weiter steigen. Von einer früheren Drittelfinanzierung aus Eltern, Kommune und Land hat sich die Kostenaufteilung zu einer hälftigen Finanzierung durch die Kommune und das Land entwickelt. Dieser enorme Kostendruck schränkt die Kommunen stark ein, sodass andere Aufgabenfelder leiden und ein Investitionsstau entsteht. Das Land muss kontinuierlich mehr Personalkosten inklusive des notwendigen Vertretungspersonals übernehmen und insbesondere die dritte Kraft im Kindergarten vollständig finanzieren.
- Der wichtige Bereich der Sprachförderung, der durch Sprachstandsuntersuchungen ab dem 3. Lebensjahr begleitet wird, ist zu verbessern.
- Das unter dem Titel »Mama lernt Deutsch« bekannte Angebot ist in Zusammenarbeit mit dem Verein zur pädagogischen Förderung von Kindern aus Zuwandererfamilien (VPAK) zu erhalten.
- Unsere Schulen sind bei der Erarbeitung ganztägiger Bildungsangebote zu unterstützen.
- Die Kooperation von Schulen, der Kinder- und Jugendhilfe und Vereinen ist insbesondere im Zusammenhang mit Ganztagsbeschulung zu fördern.
- Kinder, die Lernschwierigkeiten haben und einer besonderen Unterstützung bei der Erreichung der Lernziele bedürfen, sollen Förderangebote erhalten. Mehrsprachigkeit ist in einer globalisierten Welt ein Trumpf. Daher wollen wir ein Pilotprojekt für bilinguale Kitas starten, in denen Kinder spielerisch eine erste Fremdsprache lernen können.
- Die Räumlichkeiten in unseren Schulen sind auf den neuesten Stand zu bringen. In den Cafeterien ist die erforderliche Ausstattung sicherzustellen, damit den Schülerinnen und Schülern ein gesundes Mittagessen angeboten werden kann.
- Horte und Ganztagschulen müssen zusammenarbeiten. Ziel muss es sein, Synergieeffekte zu erarbeiten und parallele Strukturen zu vermeiden.
- Die räumlichen Voraussetzungen für Inklusion sind zu schaffen und bei den Planungen zu berücksichtigen.
- Jeder Grundschüler soll lesen lernen. Neben dem Lesenlernen in der Grundschule können Lesenächte, Bibliotheksbesuche, Lernprogramme wie Antolin oder Lesestunden von Autorinnen und Autoren Anreize schaffen, ein Buch zu lesen. Kooperationen zwischen der örtlichen Bibliothek und den Grundschulen unterstützen diese Anreize.
- Wer lesen kann, ist klar im Vorteil: Dazu wollen wir jeder Grundschule ein Budget zur Leseförderung bereitstellen, über das sie frei verfügen kann. So können beispielsweise Lesenächte, Bibliotheksbesuche, Lernprogramme, Lesestrategietrainings, Lesestunden von Autorinnen und Autoren oder sogar die Anschaffung einer kleinen Schulbibliothek finanziert werden.

- Förderschulen sollen als eigenständiges Bildungsangebot so lange erhalten bleiben, bis in allen allgemeinen Schulen angemessene Bedingungen für eine umfassende und kind- sowie jugendgerechte Inklusion gegeben sind. Der inklusive Unterricht kann gegenwärtig noch nicht allen Kindern mit Behinderung und Lernschwächen gerecht werden. Es gibt Kinder, die den Schutzraum der Förderschulen für ihre eigene Entwicklung benötigen. Es ist geboten, diesen Kindern den Besuch der Förderschule auch weiterhin zu ermöglichen. Bildungsstätte, pädagogische Konzeption, sowie die Ausstattung der Schulen mit Lehr- und Lernmitteln richten sich ausdrücklich nach Art und Grad der Behinderung.
- Das von uns seinerzeit geforderte Konzept der Friedensschule ist vermehrt in Osnabrück einzusetzen, um so unsere Bildungslandschaft zu erweitern und zu verstärken. Die Erfahrungen der Friedensschule sollten kontinuierlich ausgewertet und das Konzept optimiert werden: Des es ist Beispiel für die wesentlichen Eckpfeiler einer Schule der Zukunft, die jungen Menschen eine ganztägig organisierte, an der Vielfalt der Schülerschaft orientierte und unterschiedliche Lernorte einbeziehende Bildung bietet.
- Die Stadt wird aufgefordert, den Stadtschülerrat und dessen Sprecher in ihrer Arbeit stärker zu unterstützen. Kommunalpolitik ist die Wiege der Demokratie und kann in jungen Jahren kaum besser erlernt werden als durch die Wahrnehmung von Verantwortung.
- Die politische Mitbestimmung junger Menschen ist eine Bereicherung für unsere Stadt. Deshalb wollen wir das Jugendparlament Osnabrück stärken und mit einem Frage- und Antwortrecht gegenüber der Stadtverwaltung sowie einem Antragsrecht in allen Ratsausschüssen ausstatten. Einmal pro Jahr soll das Jugendparlament die Oberbürgermeisterin oder den Oberbürgermeister in öffentlicher Sitzung befragen können.
- Wir fordern eine Stärkung der Jugendzentren und eine engere Verzahnung mit den Schulen und Vereinen. Dadurch können die Angebote besser aufeinander abgestimmt und die vorhandene Infrastruktur gemeinsam besser ausgelastet werden.
- Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter sind an jeder Schulform unverzichtbar und müssen an jeder Schule verfügbar sein. Schulpsychologische Beratungsangebote wollen wir ausbauen.
- Durch Bildungsangebote im handwerklich-technischen Bereich soll in Zusammenarbeit mit den Berufsbildenden Schulen, der Handwerkskammer, der Industrie- und Handelskammer und den Betrieben der Übergang von der Schule in den Beruf erleichtert werden. Die Fachräume, besonders auch im Medienbereich, sollen ständig den aktuellen Standards angepasst werden. Davon sollen auch die Gesamtschulen profitieren.
- Medienkompetenz ist als selbstverständlicher Teil des Unterrichts anzusehen. Inhaltlich sollte auch der kritische Umgang mit Medien thematisiert werden.
- Sitzplatzgarantie in der Schülerbeförderung: Wir Freie Demokraten fordern, dass jede Schülerin und jeder Schüler die Möglichkeit erhalten soll, im Schulbus einen Sitzplatz zu erhalten.
- Corona-Rückstände aufholen: Viele Schülerinnen und Schüler haben infolge des Corona bedingten Unterrichtsausfalls große Lernrückstände angesammelt. Deshalb fordern wir ein Lernbuddy-Programm für Schülerinnen und Schüler. Studierende können kostenfrei Nachhilfe anbieten und erhalten im Gegenzug Credit-Points oder eine Aufwandsentschädigung von der Stadt.
- Infektionsschutz in Schulen auch nach der Pandemie: Wir Freie Demokraten wollen, dass die Erkenntnisse aus der Corona-Krise in die baulichen Richtlinien für Kindertagesstätten und Schulen einfließen.
- Experimentelles Lernen und Kreativzonen durch MakerSpaces: Wir Freie Demokraten fordern MakerSpaces an den Schulen – Kreativzonen, in denen digitale Medien eine zentrale Rolle spielen.
- Der Sanierung von Schulen ist trotz schwieriger Haushaltslage Priorität einzuräumen. Dafür sind intelligente Finanzierungsmodelle zu entwickeln. Keine Schule sollte hier bevorzugt behandelt werden.
- Die Kooperation mit dem Landkreis Osnabrück im Bereich der berufsbildenden Schulen und der Volkshochschule ist auszubauen. Denkbar wäre auch eine gemeinsame Schulträgerschaft.
- Wir fordern die Einführung eines landesweiten Azubi-Tickets sowohl für Schülerinnen und Schüler, als auch für Auszubildende.
- Die Osnabrücker Schullandschaft ist in ihrer ganzen Breite zu fördern, alle Schulformen sollen gleichermaßen Teil der kommunalen Bildungsentwicklung sein. Das betrifft auch unverändert die Gymnasien, deren bereits hohe Qualität zu erhalten ist.
- Die erforderlichen Fachräume besonders im naturwissenschaftlichen Bereich sind einzurichten, damit der Unterricht entsprechend der Vorgaben für das Abitur nach Klasse 12 geleistet werden kann.

- Gemeinsam mit regionalen Ausbildungsbetrieben, der Hochschule und Universität Osnabrück wollen wir an allen weiterführenden Schulen Bildungsscouts etablieren, die die persönliche Planung von Ausbildung oder Studium fördern. Die frühe und gezielte Auseinandersetzung mit Interessen und Fähigkeiten fördern Aufstieg und Chancen. Die Bildungsscouts stellen eine Kontaktperson zu Betrieben, Hochschule und Universität dar. Außerdem unterstützen sie Schülerinnen und Schüler, die die Schulform wechseln wollen.
- Die von der Landesregierung auf den Weg gebrachten Entwicklungen der Universität und der Hochschule auf den Konversionsflächen sind nachhaltig zu unterstützen.
- Der von der Stadt initiierte »Wissenschaftspark« stellt eine wertvolle Ergänzung der Wechselwirkungen zwischen Stadt und Hochschulen dar.

## Finanzen und Haushalt

**Die Finanzplanungen der Stadt müssen zukunftsicher ausgerichtet sein.** Die Ausgaben müssen von den Einnahmen gedeckt werden. Infolge der hohen Verschuldung der Stadt muss es oberstes Ziel sein, die Ausgaben zu reduzieren und somit eine Entschuldung zu bewirken. Zukünftige Generationen benötigen ebenfalls finanzielle Gestaltungsspielräume, um ein lebenswertes Osnabrück zu gestalten.

**Die derzeitige finanzielle Lage ist untragbar und verantwortungslos den nächsten Generationen gegenüber.** In Hinblick auf die hohe Verschuldung der Stadt dürfen vorrangig nur Pflichtaufgaben erfüllt werden und keine »nice-to-have« Wünsche.

**Die Stadt Osnabrück hatte im Dezember 2019 einen Gesamtschuldenstand von 233 Millionen Euro.** Die Schulden werden sich nach Berechnungen der Stadt Osnabrück im Jahre 2025 auf 365 Millionen Euro erhöhen. Das ist eine Erhöhung um 63 %, also im Durchschnitt pro Jahr um 10 %. Um handlungsfähig zu bleiben, muss die Belastung reduziert werden.

### Dafür steht die FDP:

Die Freien Demokraten fordern folgende Maßnahmen zur Schuldenreduzierung:

- Den Verkauf von Eigengesellschaften und Eigenbetrieben, deren Leistungen auch genauso gut oder besser von Privaten erbracht werden können. Voraussetzung ist, dass ein funktionierender Wettbewerb sichergestellt werden kann.
- Die Einführung von Kommunalobligationen zum Beispiel durch die Sparkasse. Die dadurch erzielten Zinsersparungen werden für den Schuldenabbau eingesetzt.
- Den Verkauf von verfügbaren städtischen Immobilien.
- Die FDP fordert keine weitere Finanzierung von Betrieben im Rahmen der Experimentierklausel. Das bedeutet, dass die Stadt zukünftig gegenüber überschuldeten Betrieben, die infolge ihrer finanziellen Lage von keinem Kreditinstitut eine Finanzierung mehr erhalten, nicht mehr als Bank auftreten und diesen somit kein Geld mehr zur Verfügung stellen darf.
- Keine weiteren städtischen Eigenbetriebe mehr, die nicht zur Daseinsvorsorge notwendig sind.
- Die FDP Osnabrück fordert eine Schuldenbremse in der Hauptsatzung, die die Verschuldung zukünftig wirksam begrenzt.
- Kommunale Gelder gehören den Bürgerinnen und Bürgern. Die Verwaltung darf damit keine Spekulationsgeschäfte betreiben (zum Beispiel Devisengeschäfte mit Schweizer Franken). Das Geld ist mündelsicher (risikoarm) anzulegen.
- Es ist eine neue Finanzrichtlinie festzuschreiben. Die FDP hat schon damals der noch geltenden Finanzrichtlinie widersprochen. Diese hat mit dazu beigetragen, dass die Millionenverluste wie bei der Greensill Bank überhaupt entstehen konnten.
- Die FDP setzt sich für die vermehrte Ausschreibung städtischer Aufgaben an private Unternehmen ein, um die Kosten zu senken. Zum Beispiel sollte sich bei der Grünflächenpflege die Stadt darauf beschränken, die Standards festzulegen, die eigentliche Arbeit aber an private Dritte vergeben werden.
- Wir möchten eine starke Zusammenarbeit mit dem Landkreis, um darüber weitere Einsparungen und Angebotsverbesserungen zu erreichen.

- Eine nachhaltige Steigerung der Einnahmen erreichen wir nur, wenn sich die Stadt durch eine wirtschaftsfreundliche Politik auszeichnet und nicht die Menschen mit neuen kommunalen Steuern und einer Erhöhung von Gewerbesteuer und anderen Abgaben belastet. Aus diesem Grund fordert die FDP eine Senkung der Gewerbesteuer. Osnabrück muss seinen Wettbewerbsvorteil als Oberzentrum ausspielen und als Mittelpunkt zum Leben und Wirtschaften noch attraktiver werden. Die Ergebnisse werden Arbeitsplätze und soziale Absicherung sein. Dadurch wird die finanzielle Situation der Stadt erheblich verbessert.
- Fördergelder der Länder-, Bundes- oder Europaebene sind ein Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung einer Stadt. Fördermaßnahmen sollten nur in Anspruch genommen werden, wenn die erforderliche Mitfinanzierung sichergestellt und eine zukunftsorientierte Nachhaltigkeit des Projektes gewährleistet ist.
- Die Zweitwohnungssteuer belastet Studierende und Bürgerinnen und Bürger mit wenig Einkommen, die sich berufsbedingt eine Wohnung in Osnabrück leisten müssen. So werden gerade junge Menschen belastet und Wohnraum noch teurer gemacht. Wir fordern daher die Zweitwohnungssteuer ersatzlos zu streichen.
- Die Hundesteuer wollen wir senken.

## Wirtschaft

**Die FDP setzt sich dafür ein, die Attraktivität unserer Stadt für neue und vorhandene Unternehmen weiter zu steigern.** Die Stadt soll vermehrt Start-Up Unternehmen fördern, um den Markt zu beleben und Gründern ein neues Zuhause bieten. So kann Osnabrück seine Bedeutung als überregionales Wirtschaftszentrum ausbauen.

**Eine vielfältige und lebendige Einzelhandelslandschaft und ein abwechslungsreiches gastronomisches und kulturelles Angebot sind prägendes Kennzeichen des regionalen Oberzentrums Osnabrück.** Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und der Besucherinnen und Besucher unserer Stadt ist es Ziel liberaler Wirtschaftspolitik, den Einzelhandelsstandort Osnabrück zukunftsorientiert und mit Augenmaß weiter zu entwickeln. Dabei dürfen neue Entwicklungen gewachsene Strukturen nicht zerschlagen. Vielmehr sollen sie im Sinne eines belebenden Wettbewerbs die Angebotsvielfalt zum Nutzen der Menschen stärken. Die inhabergeführten mittelständischen Unternehmen sollen im Mittelpunkt stehen.

**Zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Osnabrück gehören neben einer guten Infrastruktur und investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen der gezielte Ausbau der weichen Standortfaktoren wie gute und familiengerechte Kinderbetreuung, ein breites Sport-, Freizeit- und Kulturangebot sowie exzellente Schulen und Hochschulen.**

### Dafür steht die FDP:

- Unsere mittelständischen Betriebe sind ein wichtiger Teil unserer Osnabrücker Wirtschaft. Sie sichern in hohem Maße den Wohlstand und das Arbeitsplatzangebot. Deshalb fordert die FDP ein flexibles Umfeld.
- Die Wirtschaftsförderung ist vordringlichste (vorrangig und vornehm) Aufgabe der Stadt Osnabrück.
- Wir unterstützen eine gemeinsame Wirtschaftsregion von Stadt, Landkreis und Umlandgemeinden, um die Region gemeinsam und nicht gegeneinander zu entwickeln. Wir wollen interkommunale Gewerbegebiete erschließen.
- Der Gewerbesteuersatz ist stufenweise auf den bundesweit niedrigsten Stand zu reduzieren, um den Wirtschaftsstandort Osnabrück attraktiv zu gestalten und die Coronafolgen abzumildern.
- Dieses ist auch vor dem Hintergrund einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis Osnabrück unabdingbar.
- Dadurch entstehende Steuermindereinnahmen werden auf Dauer durch zusätzliche Wirtschaftsleistung ausgeglichen.
- Die Stadt soll Existenzgründerinnen und -gründern in den ersten drei Jahren die Gewerbesteuer erlassen. Mögliche Gewinne sollen in das Unternehmen investiert werden können, um weiter zu wachsen und somit auch Arbeitsplätze schaffen zu können.
- Wir wollen Existenzgründungen fördern und unterstützen. Deshalb soll eine (zentrale Anlaufstelle) geschaffen werden, die Existenzgründerinnen und Existenzgründern bei allen Fragen behilflich ist.
- Wir fordern eine/n Wirtschaftsbürgermeister oder -bürgermeisterin, der/die als Kümmerer und Ansprechperson für die Probleme der Betriebe zur Verfügung steht. Sie sorgt dafür, dass die Stadt früh- und rechtzeitig die Belange der Wirtschaft und Gewerbetreibenden in ihre Entscheidungen einbeziehen kann und setzt sich für schlanke Prozesse ein.

- Die FDP sieht die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als einen zentralen Erfolgsfaktor für die Schaffung einer florierenden Wirtschaft. Private Initiativen sollen sowohl finanziell als auch organisatorisch unterstützt werden. Eine 24-Stunden-Kita für Osnabrück ist unumgänglich.
- Menschen mit Migrationshintergrund sind durch die Vielfalt an unterschiedlichen Erfahrungen nicht nur eine gesellschaftliche Bereicherung für unsere Stadt, sondern stärken auch die Wirtschaft. Die FDP fordert deshalb maximale Anstrengung für die Integration und Schaffung von Chancengleichheit in der beruflichen Entwicklung, um die Potentiale für die lokale Wirtschaft nutzbar zu machen.
- Der Hafen ist wichtiger Standortfaktor für Osnabrück. Unter Beteiligung der Stadtwerke und der ansässigen Unternehmen soll hier im Bürgerdialog eine lebendige Mischung zwischen Arbeit und Freizeit entstehen.
- In der Innenstadt soll ein flächendeckendes WLAN Netz angeboten werden. In Fußgängerzonen und der Innenstadt sollen zudem die Lademöglichkeiten für digitale Endgeräte ausgebaut werden. Hier ist die Wirtschaftsförderung gefordert, die Geschäfte zu sensibilisieren und ggf. zu unterstützen. Freies WLAN steigert die Attraktivität.
- Die Wahrnehmung von Aufgaben durch private Betriebe hat Vorrang vor der wirtschaftlichen Tätigkeit von Kommunen. Aktivitäten der Stadt oder der städtischen Unternehmen in Konkurrenz zu privaten Anbietern sind auf ein Mindestmaß zu reduzieren.
- Wir stehen zur Beteiligung der Stadt Osnabrück am FMO, da dieser einen wichtigen Wettbewerbsvorteil für die heimische Wirtschaft darstellt.
- Wir wollen den Flughafen konsequent zum leistungsfähigsten und stärksten unserer Region weiterentwickeln.
- Wir fordern den Lückenschluss der A33, um durch eine exzellente Anbindung den Standort Osnabrück zu stärken. Um weitere Verzögerungen zu vermeiden sind maximale Umweltstandards zu realisieren.
- Die ausufernde Bürokratie ist ein Ärgernis für Wirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürger. Längst klagen viele Unternehmen lauter über das bürokratische Dickicht als über die Abgabenlast. Dem werden wir entgegentreten und wollen eine/einen Anti-Bürokratiebeauftragten für Osnabrück einrichten. Sein Ziel ist die Vereinfachung und bessere Verständlichkeit städtischer Verordnungen, Ausschreibungen usw. Alle kommunalen Regelungen sollen auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit überprüft werden.

## Zukunftsentwurf für die Osnabrücker Siedlungs- und Mobilitätsentwicklung

**Die FDP ist überzeugt, dass durch vorausschauende Siedlungs- und Mobilitätsplanung die ökologischen, sozialen und demographischen Anforderungen gemeistert werden können.** Dabei halten wir es für unverzichtbar, dass wir in enger Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden die Siedlungs-, Mobilitäts-, Wirtschafts- und Infrastrukturfragen entwickeln. Dadurch profitiert der Osnabrücker Wirtschaftsraum über die Stadtgrenzen hinweg mit ca. 700.000 Menschen!

**Internationales Bauausstellung:** Wir Freie Demokraten wollen eine Internationale Bau-ausstellung (IBA) in Osnabrück ausrichten. Damit wollen wir einen Wettbewerb um die besten Ideen zur Weiterentwicklung unserer Stadt in Zeiten des Wandels eröffnen. Wir nennen dies Mezzopolis Osnabrück 2022–2030.

### Intelligente Verkehrssteuerung

- Den steigenden Mobilitätsanforderungen wollen wir durch intelligente Verkehrssteuerung begegnen,
- der Wall als Kreisverkehr fungieren,
- wechselnder Einbahnverkehr, echte und unechte Einbahnstraßen,
- smarte Technologien, bei denen z.B. Autos mit Autos oder Autos mit Ampeln in digitalen Kontakt treten,
- adaptive Ampelsteuerung,
- Stärkung der Wohnquartiere durch Vermeidung von Schleichverkehren (Rücknahme des Ratsbeschluss zur sog. USVM, die tatsächlich Pfortnerampeln sind),
- Fußgängern, Radfahrern, Autofahrern und dem Wirtschaftsverkehr wollen wir den notwendigen Raum zur Verfügung stellen,
- durchgehendes Radwegenetz mit Mindestbreite von 2m inclusive eines Abstandes von Parkstreifen aus Sicherheitsgründen. Getrennte Ampelschaltung für Radfahrer,

- schienengebundene Verkehrssysteme,
- Hochbahnen,
- autonome ÖPNV-Systeme. In einigen Städten der Welt wird heute schon ein Teil des ÖPNV autonom betrieben,
- verlässlicher Nahverkehr nach dem Konzept der DVB als Minimum (<https://www.dvb.de/de-de/die-dvb/zukunftsprojekte/verlaesslicher-nahverkehr/>).

**Durch eine deutliche Zunahme der Berufsausübung im Home-Office (vor Corona ca. 10%, Wissenschaft, Investoren und CEOs gehen in Zukunft von deutlich mehr als 30% Home-Office aus) wird es neue Schwerpunkte für den Wohnort geben.** Dies wird eine erhebliche Entlastung bei der Nachfrage nach städtischem Wohnraum bringen. Für die zurückgehenden Pendlerströme stellen wir uns vor:

- Attraktives Park and Ride-System in Kombination mit Car-, E-Bike- oder E-Scooter-Sharing, und autonom fahrenden ÖPNV-Angeboten,
- adaptive Ampelsteuerung bei Vorrangschaltung für ÖPNV, Radverkehr und Fußgängerinnen und Fußgänger, um die Stauzeiten und Staulängen für den Kfz-Verkehr deutlich zu verringern. Die Stadt Dresden hat dies erfolgreich bewiesen und wurde dafür ausgezeichnet. Hierbei ist auch eine Trennung des Rad- vom Autoverkehr möglich, um Unfälle zu verhindern.
- Lieferverkehre können durch wohnortnahe Produktion reduziert werden. Dies ist unter anderem durch den 3D-Druck zu erreichen.

**An unseren Langzeitüberzeugungen aus früheren Wahlperioden hat sich nichts geändert. Insbesondere sind wir weiterhin der Meinung:**

- Bedingung für die Mobilität in der Stadt bis hin zur Verlagerung der B68 aus der Stadt ist der Lückenschluss von der A33 zur A1 im Norden der Stadt.
- Die Westumgehung ist aus verkehrlichen Gründen absolut überflüssig und aus Gründen der Stadtentwicklung, des Klimas, der Kaltluftentstehung und der Naherholung kontraproduktiv.
- Quartiersgaragen sollen in dafür geeigneten Arealen weiterentwickelt werden, wenn sie nicht durch u.a. innovative Wohnkonzepte überflüssig werden.
- Bus- und Auto freier Neumarkt
- Johannisstraße als Fußgängerzone
- Öffnung des Hbf nach Osten zum Schinkel
- Revitalisierung alter Bahnhöfe und Bahnstrecken (Tecklenburger Nordwahn, Wittlager Kreisbahn, Haller Willem).

## **Innovative Wohnkonzepte**

**In der Schweiz werden die gesellschaftlichen Veränderungen in den Wohnkonzepten deutlich und werden dort besonders gefördert und Konzeptwohnungsbau auf Erbpachtgrundstücken ermöglicht.**

- Ermöglichen von alternativen und neuen Wohnkonzepten wie Wagenburgen, Tiny-Houses, Town-Houses, Mehrgenerationenprojekte, Hausboote, Co-Living und Co-Working-Spaces oder Tagesbetreuungseinrichtungen durch verantwortliches Flächenmanagement.
- Daher darf es keine Festlegung des Erbpachtzinssatzes geben.
- Hase-Strand: Osnabrück ist die Hase-Stadt. Wir Freie Demokraten wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Vorzüge der Hase besser erleben können. Deshalb wollen wir einen Hase-Strand schaffen, der als Party- und Erholungsort fungiert.
- Schutz der Grünen Finger, innerstädtischer Grünflächen und Obstwiesen als Ruheräume, Naherholungs- und Kaltluftentstehungsgebiete. Die Sicherung ist über Nicht-Bebauungspläne zu erreichen.
- An geeigneten Straßen ist die Geschossflächenzahl so zu erhöhen, dass eine 4–5-geschossige Randbebauung möglich wird. Die Straßen abgewandten Innenbereiche sollen als Grün-, Treff- und Ruheräume ausgestaltet sein.

- Ein Gestaltungsbeirat soll dafür sorgen, dass bei neuer Bebauung nicht nur der Wunsch des Bauherrn, sondern auch ein sensibler Umgang mit der Umgebung berücksichtigt wird. So etwas wurde in den Niederlanden oder z.B. in Regensburg bereits erfolgreich realisiert.
- Die Belebung der Innenstadt wird durch Wohnbebauung erreicht. Die veränderten Arbeitsformen (Stichworte Home-Office, Strukturwandel Einzelhandel) werden zu einer Umwandlung von Büro- und Park- in Wohnraum führen.
- Aus Gründen der Stadtökologie, der Distributionsverkehre und der Wohnqualität wird die wohnortnahe Erzeugung von Lebensmitteln sinnvoll. Urban Gardening, Vertikal Gardening und Urban Farming werden Bedeutung erlangen.
- Die Stadt als Lebens- und Wohnraum muss Flächen, Lärm- und Abgasemissionen für den Verkehr deutlich reduzieren. In Städten mit ihrer hohen Verdichtung wird das Auto automatisch zurückgedrängt werden können und müssen. So kann Platz gewonnen werden, der für Wohn-, Kultur-, Erlebnis-, Ruhe- und Kommunikationsbedürfnisse benötigt wird.
- Die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner haben Priorität vor denen der Immobilienwirtschaft. Dafür, dass mannigfaltige und inhomogene Baukörper entstehen, muss die Kommune Rahmenbedingungen formulieren.
- Kompensationsflächen nur innerhalb der Stadt.
- Flächenrecycling hat Vorrang.

**Die Klimaveränderung wird durch die Aufheizung den Städten zunehmend Probleme machen**, insbesondere auch durch Materialien wie Stein und Beton. Darüber hinaus gibt es bei Beton das Problem der Knappheit von Zement und Sand.

- Alternative Baustoffe oder nachwachsende Materialien wie Holz, Stroh, Lehm, Hanfbeton oder recyceltes Plastik könnten Alternativen sein.
- Zur Abkühlung der Städte gehören aber ganz klassische Methoden wie Dachbegrünung, Straßenbäume, Alleen, Grünanlagen, Brunnen, urbane Gewässerlandschaften oder Moosmatten.
- Die Wasser- und Abwasserwirtschaft muss sich mit innovativen auch innerstädtischen Konzepten befassen, so dass z.B. technische Biotope mit begrünten Filtersystemen und multifunktionale Wasserlandschaften entstehen.

## Bauen und Wohnen

**Wir wollen, dass Osnabrück eine Stadt bleibt, in der sich lohnt zu wohnen** und alle Bürger angemessenen und für sie bezahlbaren Wohnraum finden können. Osnabrück muss für seine Bürger attraktiv bleiben, nur so entwickelt sich urbanes Leben. Übersteigt die Nachfrage nach Wohnungen – wie jetzt - das Angebot, hilft nur ein verbessertes Wohnraumpkonzept.

### Daher wollen wir

- stadtteilbezogen prüfen, wo Nachverdichtungen des Wohnraums möglich sind.
- Dies kann durch eine Aufstockung von bestehenden Gebäuden geschehen oder durch Errichtung von Bauten »in zweiter Reihe«. Gleichzeitig können Höhen- und Etagenbegrenzung bei Neubauten überall da gelockert werden, wo dies sinnvoll erscheint. Flächen wie die Landwehrkaserne und Am Limberg werden den Bedarf nicht decken können. Eine Versiegelung bestehender Grünflächen kommt nicht in Betracht. Mietpreisbremsen oder Mietendeckel lösen das Problem der hohen Nachfrage nach Wohnungen auf Dauer nicht.
- Wir möchten Rahmenbedingungen setzen, die Schaffung von Wohnräumen für unterschiedlichste Lebenssituationen ermöglichen – von der Single-Wohnung, über das Appartement bis zum Einfamilienhaus mit Garten muss weiter alles möglich sein. Wir wollen, dass individuelle Träume der Menschen erreichbar bleiben.
- beherrschbare Kosten für die Bauverantwortlichen.
- Dies bedeutet, dass Alternativen zu herkömmlichen Baustoffen geprüft und umgesetzt werden müssen. Weiter müssen entsprechende Instrumente geschaffen werden, dass die vielen, teilweise wenig bekannten Förderprogramme für Bauen, Modernisieren und Renovieren der Stadt, des Landes, des Bundes und der Förderbanken breiter öffentlich bekannt gemacht werden und sich die Bauherrinnen und Bauherren hierzu umfassend beraten lassen können. Stadt, Land und Bund dürfen nicht weiter Treiber für Wohnkosten sein.

- eine Stadtverwaltung, die bei Bauprojekten partnerschaftlich und nicht bürokratisch agiert.
- Genehmigungsverfahren sollen schnellstmöglich digitalisiert und dadurch beschleunigt werden. Private Bauherinnen und Bauherren sollen die Gewissheit haben, dass eine Vollständigkeitsprüfung aller eingereichten Unterlagen innerhalb von vier Wochen durchgeführt wird. Weiter gehört dazu, dass entsprechende Beratungsangebote für alters- und behindertengerechtes Bauen geschaffen werden.
- Stellplätze, die im Wohnungsbau leichter ausgeglichen werden können.
- Die Einnahmen aus der Stellplatzablöse sind vorrangig für den Bau von Quartiersgaragen, auch als Tiefgarage, zu nutzen. Die Schaffung von Parkraum sollte nicht zu Lasten der für den Wohnungsbau benötigten Flächen gehen.
- die Einführung alternativer Wohnformen sowie die Nutzung oder Zwischennutzung von Modulbauweisen prüfen.
- Um den kurzfristigen Bedarf an Wohnungen gerade auch für Auszubildende, Studierende und Berufseinsteigende zu decken, muss zwingend über die Einführung alternativer Wohnformen sowie die Nutzung oder Zwischennutzung von Modulbauweisen nachgedacht werden und entsprechende Modelle entwickelt werden.
- eine Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen. Die Straßenausbaubeitragssatzungen der Gemeinden haben in der Vergangenheit zu ungerechtfertigten Belastungen und enormen Härtefällen, insbesondere für Familien und ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger gesorgt, indem deren Alterssicherung und Investitionen konkret gefährdet wurden.
- eine aktive Beteiligung der Stadtverwaltung am urbanen Leben und innerstädtischen Wohnen.
- Dem Prinzip »Innen- vor Außenentwicklung« muss durch kluges Agieren mit den Mitteln des öffentlichen Vorkaufsrechtes und dem Ankauf von Grundstücken Strahlkraft verliehen werden. Nur so kann der Verödung der Innenstadt auch im Wohnungsbereich begegnet werden.
- Hilfe leisten, die die Vermeidung von Wohnungslosigkeit in den Mittelpunkt stellt.
- Dabei setzen wir auf niederschwellige Angebote, um von der Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen die Angst vor Stigmatisierung zu nehmen.

## Energie und Umwelt

**Das oberste Ziel auch auf diesen Gebieten ist uns die Gesundheit der Menschen.** Die Umweltpolitik der FDP setzt auf ökologische und ökonomische Effizienz und ist innovations- und technologieorientiert. Sie will daher beste Lösungen anstatt leerer Ökosymbolik. Die FDP verfolgt in ihrer Energiepolitik gleichrangig die Ziele der Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit. Den Energieverbrauch zu optimieren und dadurch zu reduzieren, stehen im Mittelpunkt unseres Handelns. Dafür stehen die Freien Demokraten:

- Es sind Konzepte umzusetzen, bei denen die bei Produktionsprozessen ungenutzt freigesetzte Energie kostengünstig anderweitig zur Verfügung gestellt wird. Beispiele sind in Winterthur und Venne realisierte Projekte.
- Die bereits lange beschlossenen Vorgaben zur Reduktion von Stickoxiden, Feinstaub, polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAKs) und Lärm sind zügig durch Abschaffung der Dieselmotorenbusse und anderer städtischer Dieselfahrzeuge zu erfüllen.
- Bäume sind effektive CO<sub>2</sub>-Binder, sorgen für Lärmabsorption und Abkühlung in der Stadt. Daher sind Anpflanzungen unter Ausnutzungen von Patenschaftsprojekten zu fördern und das Programm auszubauen.
- Die Umrüstung von Haushalten auf »intelligente« digitale Stromzähler soll vorangetrieben werden. So kann der Verbrauch automatisch auf Zeiten schwacher Nachfrage verlagert werden. Das trägt zu einer gleichmäßigeren Netzauslastung bei. Um Anreize für die Nutzung dieser neuen Technologie zu schaffen, sind schnellstmöglich auch für Privathaushalte entsprechende Tarifmodelle einzuführen. Strom muss in Zeiten schwacher Nachfrage billiger angeboten werden als in Spitzenzeiten. Gleichzeitig ist darauf zu achten, dass über das Nutzungsverhalten der Kundinnen und Kunden keine Profile erstellt werden und keine Daten verkauft werden. Die FDP fordert hier, den Datenschutz in das Unternehmensziel der Stadtwerke aufzunehmen.
- Die bereits beschlossenen Maßnahmen zur Energieeinsparung sind weiter zu entwickeln und konsequent umzusetzen.
- Der Schutz der Luft- und Lebensqualität der Stadt Osnabrück durch die grünen Finger ist im jetzigen Umfang zu erhalten. Die Kaltluftentstehungsgebiete dürfen nicht gefährdet und überplant werden.

- Es sind Anreize und Strategien zur Papiervermeidung in den städtischen Einrichtungen zu entwickeln. Dies dient gleichermaßen dem Ressourcenschutz und der Kostenreduzierung.
- Der ökologische Unsinn, die in Osnabrück produzierten Ersatzbrennstoffe hunderte von Kilometern zu transportieren und in Itzehoe zu verfeuern, stattdessen hier schwefelhaltige Braunkohle einzusetzen, muss sofort beendet werden.

## Abfallwirtschaft

**Die FDP fordert als oberstes Ziel die Vermeidung von Abfall.** Abfall, der nicht vermieden werden kann, soll wieder oder anderweitig sinnvoll verwertet werden. Abfall muss als Wertstoff verstanden und als Wirtschaftsgut behandelt werden.

### Dafür stehen die Freien Demokraten:

- Die in Osnabrück ansässigen Recyclingunternehmen sollen unterstützt und gefördert werden, damit Stoffkreisläufe auch ortsnahe ohne große Umwege geschlossen werden.
- Zukünftig sollen auch die Gewerbeabfälle aus Stadt und Landkreis in der Trockenstabilat-Anlage im Hafen verwertet werden. Hierdurch können massive Kostenentlastungen für die Wirtschaft in Osnabrück und im Osnabrücker Land erzielt werden. Dies sichert die Attraktivität Osnabrücks als Wirtschaftsstandort und hilft, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen.
- Der in der Trockenstabilat-Anlage erzeugte Ersatzbrennstoff (EBS) soll zum Beispiel bei den Papierwerken in Osnabrück eingesetzt werden.
- Die zwingende Verpflichtung der Gewerbebetriebe, eine Restmülltonne vorzuhalten, wird es mit der FDP nicht mehr geben. Wir setzen auf die Eigenverantwortlichkeit des Mittelstandes und deren privat organisierte Müllentsorgung.

## Familienstadt Osnabrück

**Eine »Familienstadt« muss alltagstauglich sein und für jedes Alter ein Angebot machen.** Hierfür sind auch finanzielle Mittel nötig. Der kommunale Haushalt muss daher so gestaltet werden, dass für die Aufgaben der »Palette aktive Familienstadt« ausreichend Geld zur Verfügung steht – über die Pflichtaufgaben im Rahmen der Kinderbetreuung hinaus. Also eine Haushaltskonsolidierung mit dem Ziel: Bestandspflege UND Zukunftsgestaltung.

**Das Ziel, Ressourcen zu bündeln, gehören in das Gesamtpaket »Familienstadt«** ebenso wie die Angebote von Stadtbücherei, Musik- und Kunstschule und die Jugendgruppen oder -abteilungen der Vereine, der Kirchen, der Feuerwehren. Wir möchten eine Vernetzung fördern: Alle Verantwortlichen sollen sich im Rahmen der entsprechenden Foren und Ausschüsse zusammensetzen und ihre Angebote und vor allem Mitmachangebote zusammentragen. Dann kann Eltern, Kindern und Jugendlichen eine Palette an Möglichkeiten zu Bildung, Förderung und Freizeitbeschäftigung auf einer Plattform angeboten werden.

**Unter dem Motto »low hanging fruits« sollen gemeinsam mit den Jugendlichen in der Kernstadt und den Stadtteilen Freizeitangebote entwickelt werden,** die schnell und unbürokratisch umgesetzt werden können. Ungenutzte Liegenschaften wollen wir auf Eignung zur Nutzung für Kinder- und Jugendprojekte prüfen und bereitstellen lassen. Jugendliche sollen eingebunden und eigenverantwortlich tätig werden.

**Unsere Stadt soll zukunftsfähig wachsen** und muss deshalb insbesondere Kindern, Jugendlichen und deren Familien attraktive Lebensbedingungen bieten. Dieses Ziel wollen wir in enger Kooperation von privaten Initiativen, Wirtschaft und Gewerkschaften sowie von engagierten Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam mit Rat und Verwaltung erreichen.

**Die Familienbildungsstätten und die Arbeit der verschiedenen Träger von Fördermaßnahmen, Familientreffs und Kindertagesstätten werden von uns unterstützt.** Die Kultureinrichtungen müssen sich noch besser auf die Bedürfnisse von Familien einstellen.

**Diesen Weg gilt es konsequent weiter zu beschreiten. Wir wollen, dass Osnabrück eine Spitzenposition in Deutschland einnimmt.**

**Dafür steht die FDP:**

- Neben den bereits unter der Bildungspolitik, Wirtschaft und Wohnen postulierten Forderungen müssen weitere Anreize geschaffen werden, damit sich Familien an die »Allianz Osnabrück« (Stadt, Landkreis, Großraum Osnabrück) binden. Der Zuzug von Familien ist zu fördern.
- Es sind Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich wieder mehr Menschen für Kinder entscheiden. Dazu wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern und die Selbständigkeit von Hebammen und die Gründung von Geburtshäusern fördern.
- Es ist ein wirtschaftsfreundliches Umfeld zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sicherzustellen.
- Langfristig ist auch über das Bündnis für Familien ein Beitrag zur Entwicklung der »Bürgerstadt« zu leisten.
- Die Ratsarbeit ist für junge Eltern attraktiver zu machen. Wir Freie Demokraten stellen fest, dass junge Familien in der Kommunalpolitik unterrepräsentiert sind. Wir wollen in den Entschädigungssatzungen für Kommunalpolitikerinnen und -politiker regeln, dass Eltern von Kindern bis zwölf Jahren eine Pauschale von 20 € für jede Stunde erhalten, die sie in den kommunalpolitischen Gremien verbringen.
- Wir fordern die geschaffene Möglichkeit, Sitzungen von kommunalen Parlamenten und ihren Gremien auch digital oder hybrid durchzuführen, auch nach der Pandemie weiterhin zur Verfügung zu stellen. Dadurch ist gerade jungen Eltern eine unkomplizierte Teilnahme möglich.
- Wir wollen den Wandel in der Arbeitswelt auch bei den kommunalen Arbeitgebern gestalten. Gerade die Digitalisierung sorgt für weitreichende Veränderungen: Die Verwaltung sollte bei neuen Arbeitsformen mit gutem Beispiel vorangehen und dort, wo sinnvoll das Arbeiten von unterwegs oder aus dem Homeoffice ermöglichen. Die IT-Ausstattung für Homeoffice oder mobiles Arbeiten ist den Beschäftigten der Verwaltung von der Kommune bereitzustellen. Starre Arbeitszeitmodelle sind, wo möglich, durch Vertrauensarbeitszeit zu ersetzen. Die Verwaltung soll eine moderne Arbeitgeberin sein, die gerade auf die Interessen der Familie Rücksicht nimmt.

### **Nach wie vor fordern wir für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf:**

- Für alle Kinder unter drei Jahren einen Platz in einer Kindertagesstätte, wenn die Eltern dies wünschen.
- Alle Kindertagesstätten sollen eine Mittagsverpflegung anbieten.
- Die Betreuung von Kindern in den Ferien ist durch entsprechende Angebote und Absprachen sicher zu stellen.
- In jedem Stadtteil soll mindestens eine Kindertagesstätte zu einem Familienzentrum ausgebaut werden. Die Familienzentren bieten nicht nur Kinderbetreuung, sondern sind erste Anlaufstelle für alle Eltern für alle Fragen rund um ihre Kinder. Sie sind Ort der Begegnung und der Bildung für den ganzen Stadtteil. Dies gilt gerade in Stadtteilen mit einer hohen sozialen Belastung.
- Das Familien- und Kinderservicebüro ist als Beratungs- und Vermittlungsangebot für Eltern und Familien zu fördern und stadtteilbezogen auszubauen.
- Die Angebote in den Ganztagschulen sollen ausgebaut und durch weitere qualifizierte Nachmittagsangebote ergänzt werden. Dadurch werden die Bildungschancen der Kinder verbessert und ihre Eltern können ihrer beruflichen Tätigkeit nachgehen.
- Gemeinsam mit den Unternehmen und Gewerkschaften werden wir flexible Arbeitszeiten ermöglichen und neue Formen der Kinderbetreuung fördern. Die Einrichtung von Betriebskindergärten begrüßen und unterstützen wir.

### **Um Osnabrück zu einer kinder- und familienfreundlichen Stadt zu machen, fordern wir:**

- Wir wollen die Qualität von Spielplätzen weiter verbessern und das Osnabrücker Spielplatzkonzept ausbauen. Kinderspielplätze müssen für Kinder erreichbar sein. Wir wollen den Bau von Großspielplätzen als Mehrgenerationenspielplätze vorantreiben. Die Einrichtung von innerstädtischen Erlebnisplätzen für unterschiedliche Generationen (Wasserspiele, Spielplätze, Pétanque) sind geeignete Maßnahmen zur Schaffung solcher Anziehungspunkte.
- Wir wollen Freiräume für Jugendliche schaffen. Auch Jugendliche brauchen Orte, an denen sie für sich sein können und sich treffen können. Daher sprechen wir uns dafür aus, dass beispielsweise seitens der Stadt- und Gemeindeverwaltung digitale Labs als Modellorte eingerichtet werden, an denen junge Menschen ihre digitalen Fähigkeiten ausprobieren können. Schulen und andere Gebäude, die nicht rund um die Uhr genutzt werden und am Wochenende, nachmittags oder abends zur Verfügung stehen, sollen als Bewegungsräume, Proberäume für Musizierende und Bands oder als Projekträume für junge Menschen leichter zur Verfügung gestellt werden.
- Wir Freie Demokraten unterstützen Projekte zur Schaffung von queeren Jugendzentren. Queere Jugendliche sind leider besonders häufig von Mobbing und Ausgrenzung betroffen. Ein queeres Jugendzentrum schafft einen

wichtigen Rückzugsort für queere Jugendliche, die sich häufig in einer schwierigen Selbstfindungsphase befinden und über keine geeigneten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner verfügen. Es bietet einen Ort zum Austausch, kann das Selbstbewusstsein queerer Jugendlicher stärken und das eigene Coming Out erleichtern.

- Bestehende Jugendfreizeiteinrichtungen müssen erhalten und ausgebaut werden. Sie sind integraler Bestandteil nachhaltiger Jugendarbeit.
- Wir befürworten, dass Jugendliche stärker in die kommunalpolitische Arbeit eingebunden werden. Für die Persönlichkeitsentwicklung von Jugendlichen ist es wichtig, dass sie auch lernen, Argumente für ihre Meinungen zu finden, zu vermitteln und auch demokratisch darüber diskutieren zu können. Das Jugendparlament ist ein erster und wichtiger Schritt.
- Wir wollen die Verkehrssicherheit für Kinder in Osnabrück verbessern. Wir werden das Radwegenetz sicherer machen und an gefährlichen Verkehrspunkten in Wohngebieten und an Schulen sowie an Kindergärten Fußgängerampeln, Zebrastreifen und Geschwindigkeitsbegrenzungen einrichten. Darüber hinaus werden wir uns für eine verbesserte Verkehrserziehung in den Osnabrücker Schulen und Kindertagesstätten einsetzen und die Bereitstellung von Elternlotsen im Schul- und Kitabereich fördern.
- Alle Kultureinrichtungen der Stadt sollen ihre Angebote in besonderer Weise auf Kinder und Familien ausrichten. So soll das Kinder- und Jugendtheater gestärkt werden und die Museen sollen auch »Museen zum Anfassen« sein.
- Die Musik- und Kunstschule soll für die ganze Familie da sein und neben Projekten für Kinder, Jugendliche oder Erwachsene auch verstärkt generationen- und familienübergreifende Angebote machen.
- Möglichst alle kulturellen Einrichtungen in der Stadt Osnabrück sollen mit dem Bildungsgutschein, den die Bundesregierung im Rahmen der ALG-II Reform eingeführt hat, nutzbar sein, damit alle Kinder und Jugendlichen von ihnen profitieren können.
- Die Grünen Finger und grünen Herzen in Osnabrück müssen attraktiver werden. Picknickplätze und Grillstellen können hier den Erholungscharakter erhöhen. Dabei soll die Idee von der »Bürgergesellschaft« das Leitmotiv sein. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Osnabrück sollen nicht nur mitplanen und -beraten, sondern auch ermutigt werden, selbst aktiv zu werden. Wir streben insbesondere eine generationen- und nationalitätenübergreifende Kooperation an. Deshalb werden wir bürgerschaftliches Engagement fördern und begleiten.
- Nach wie vor wollen wir gerade ältere Osnabrückerinnen und Osnabrücker dafür gewinnen, als Großeltern auf Zeit oder als ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die jüngsten Osnabrücker zu betreuen und ihr Wissen weiterzugeben. Wir setzen uns für den Erhalt der Beratungsangebote für Familien in Erziehungskrisen ein. Wir werden Elternkurse und die Beteiligung der Eltern in Kindergärten und Schulen stärken.
- Familien in Krisen- und Konfliktsituationen werden die nötige Hilfe und Unterstützung erhalten. Das gilt besonders für Familien, die mit schwierigen sozialen Umständen kämpfen. Dabei steht für uns Prävention im Vordergrund, damit die familiäre Gemeinschaft erhalten bleibt und Fremdunterbringung möglichst vermieden wird. Der Schutz der Kinder hat allerdings absoluten Vorrang.

## Bürgerbeteiligung und Ehrenamt

**Wir setzen uns für eine starke Bürgerbeteiligung in unserer Stadt ein.** Die Anregungen der Bürgerinnen und Bürger sind aufzunehmen. Es ist notwendig sie an allen Entscheidungen teilhaben zu lassen. Das Wissen vieler Bürgerinnen und Bürger liefert bessere Ergebnisse und schafft eine hohe Identifikation mit dem Gemeinwesen.

**Liberale Bürgerkommune aller Lebensalter:** Engagement und Mitbestimmung betrifft junge Menschen, Erwachsene und Ältere in gleicher Weise, denen eine moderne Stadtverwaltung gerecht werden sollte. Die Möglichkeiten der Mitbestimmung sind daher auch für alle auszubauen, gerade im Kindes- und Jugendalter. Stadtteile sind junge Bildungs- und Beteiligungsräume, die auch aus der Perspektive junger Menschen weiterentwickelt werden sollten. Wir Freie Demokraten fordern daher kinder- und jugendorientierte Formen der konsequenten Mitbestimmung in der Stadtteilentwicklung, die das Jugendparlament ergänzen.

**Voraussetzung für Bürgerbeteiligung muss der freie Zugang zu Informationen und die Transparenz der Entscheidungen sein.** So wird die Entscheidung von den Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen und führt bei ihnen zu Zufriedenheit und Akzeptanz. Das freiwillige und ehrenamtliche Engagement der Osnabrückerinnen und Osnabrücker für ihre Stadt verdient höchste Anerkennung und muss weiterhin gestärkt werden.

**Die Quartiere der Stadt sind als zentrale Lebens- und Gestaltungsräume der Bürgerinnen und Bürger daher konsequent zu betonen** – als Ausgangspunkt für die Stadtplanung, Infrastrukturentwicklung und Konzipierung von Beteiligung sowie Engagementformen. Das Nebeneinander von Zuständigkeiten in der Stadtverwaltung sollte daher einem integrativen Blick

weichen: Von den Quartieren und Lebensbedingungen der Menschen aus denken, handeln und beteiligen - das ist Überzeugung der Freien Demokraten.

### **Dafür steht die FDP:**

- Es sind Modelle zu entwickeln, die den Bürgerinnen und Bürgern eine breite Beteiligung an den städtischen Gesellschaften ermöglichen (zum Beispiel Bürgeraktien).
- Die Bürgerforen sind stärker für eine Vernetzung von Rat, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern einzusetzen.
- Bei Entscheidungen von übergeordneter Bedeutung sind Bürgerbefragungen für eine Beteiligung an der Meinungsbildung durchzuführen. Die Einreichung von online – Petitionen ist zu fördern. Jede Bürgerin und jeder Bürger muss die Möglichkeit erhalten über die Homepage der Stadt Osnabrück zu Beteiligungen an online-Petitionen aufzurufen und diese einzureichen.
- Der Umbau der Stadtverwaltung zu einem Dienstleistungsbetrieb ist voranzutreiben. Die Bürgernähe der Stadtverwaltung soll weiter verbessert werden. Der Online-Auftritt der Stadt muss ausgebaut und barrierefrei gestaltet werden. Behördenkontakt soll papierlos und digital angeboten werden.
- Die öffentlichen Ratssitzungen sind live übers Internet zu übertragen, um den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich direkt und ungefiltert über die Ratsarbeit zu informieren.
- Um bürgerschaftliche Teilhabe zu erleichtern ist die Verabschiedung einer Informationsfreiheitsatzung für den Wirkungskreis der Stadt Osnabrück erforderlich. Das gilt auch für Informationen, die bei den von der Stadt Osnabrück verwalteten Eigengesellschaften, Stiftungen und Eigenbetrieben vorhanden sind.
- Die erfolgreiche Arbeit des Freiwilligenbüros als Koordinierungsstelle des Ehrenamtes ist weiter zu unterstützen.
- Wir Freie Demokraten schlagen vor, dass mindestens alle zwei Jahre eine kommunale Vereinsmesse angeboten wird. Auf der Vereinsmesse sollen alle ansässigen Vereine und ehrenamtlichen Organisierten die Möglichkeit bekommen, sich und ihre Tätigkeit vorzustellen sowie Mitglieder zu werben. Mit der Vereinsmesse wollen wir mehr Aufmerksamkeit für das breite Angebot an ehrenamtlichen Tätigkeiten generieren und die ehrenamtlichen Organisationen auch in ihrer Mitgliedergewinnung unterstützen.
- Ehrenamtliches Engagement ist essentiell für die Gesellschaft. Um dem Rückgang des Ehrenamts entgegenzuwirken, braucht es mehr Anreize. Wir schlagen vor, die Ehrenamtskarte zu entbürokratisieren und die Vergünstigungen nach Möglichkeit auszubauen.
- Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, Schulen und Vereine mit einem Runden Tisch besser zu vernetzen. Unser Ziel ist es insbesondere den Ganztagsbereich so vielfältig wie möglich zu gestalten. Wir wollen prüfen, inwieweit einzelne Kurse oder sogar Bestandteile der Grundausbildung der Feuerwehr, des DRK oder des THW im Rahmen von Projekten, als Wahl(pflicht)fächer oder in Arbeitsgemeinschaften angeboten werden können
- Wir Freie Demokraten schlagen vor, in den örtlichen Bildungseinrichtungen darauf hinzuwirken, mehr Fortbildungsangebote für Ehrenamtliche anzubieten.

## **Solidarstadt Osnabrück**

**Das Ziel unserer Sozialpolitik ist die eigenverantwortliche Lebensgestaltung der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.** Deshalb sehen wir Sozialpolitik, Familien- und Bildungspolitik sowie Wirtschaftsförderung und Arbeitsvermittlung als eine Einheit an. Ein zentrales Anliegen ist es für uns, jedem/r arbeitsfähigen Bürger/in einen Arbeitsplatz zu vermitteln, denn Sozialpolitik soll für die Schwachen der Gesellschaft da sein und diese schützen. Menschen mit einer Behinderung haben einen Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben in unserer Stadt.

### **Dafür steht die FDP:**

- In der »ArbeitGemeinschaft für Osnabrück« (AGOS), die gemeinsam von der Stadt Osnabrück und der Agentur für Arbeit in Osnabrück getragen wird, muss die Stadt Osnabrück ihrer besonderen Verantwortung für die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Menschen unbedingt gerecht zu werden. Das vorrangige Ziel der AGOS besteht darin, allen arbeitsfähigen Arbeitslosengeld-II-Empfängern Arbeitsplätze zu vermitteln. Dazu streben wir eine enge Zusammenarbeit mit allen Osnabrücker Unternehmen an. Der Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind für uns Chefsache.

- Dazu gehört auch, dass kommunale Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen und die Möglichkeiten der Arbeitsmarkteingliederung im Rahmen des »Teilhabechancengesetzes« stärker als bisher nutzen. Seit dem 1. Januar 2019 stehen mit dem Teilhabechancengesetz zwei Förderinstrumente für die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen, § 16e SGB II, und die Teilhabe am Arbeitsmarkt, § 16i SGB II, zur Verfügung, die auch den Kommunen offenstehen. Für uns steht fest, dass Menschen mit Behinderung eine Bereicherung für das Arbeitsumfeld darstellen. Deshalb sollen kommunale Unternehmen die Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen von 5 Prozent der Beschäftigten in jedem Fall erreichen. Langzeitarbeitslosen soll die Chance geboten werden, fehlende Qualifikationen für den 1. Arbeitsmarkt zu erhalten.
- Die erfolgreiche Arbeit des Jugendberufszentrums in der Dammstraße muss fortgeführt werden.
- Die Arbeitslosenselbsthilfe soll weiterhin eine unabhängige Beratung bieten.
- Wir Freie Demokraten treten in unserer liberalen Sozialpolitik für eine Vielfalt der Träger ein. Die Beratungsangebote müssen flexibel am örtlichen Bedarf ausgerichtet werden können und für alle Betroffenen erreichbar sein und deren Finanzierung muss sichergestellt werden. In den Kommunen finden sich die Beratungsstellen für die Lebenssituationen, in denen Hilfe und Beratung oft überlebenswichtig ist. Dazu gehören etwa Jugend- und Familienberatung, Seniorenservicebüros, Drogen- und Suchtberatung, Schuldnerberatung und Seelsorge.
- Im Bereich der Sucht- und Drogenarbeit sind für uns der Caritasverband und das Diakonische Werk als Schwerpunktträger wichtige Partner.
- Wir Freie Demokraten begreifen Frauenhäuser als unentbehrliche Einrichtungen. Sie werden zu Recht mit öffentlichen Mitteln gefördert. Wir wollen die Aufnahmemöglichkeiten deutlich ausweiten. Aber auch Männer können in akute Not geraten, wenn sie z. B. nach einem eskalierten Partnerschaftsstreit plötzlich ihre Wohnung verlassen müssen. Eine kleine Wohnung für einen begrenzten Zeitraum, verbunden mit einem Beratungsangebot, kann helfen, zur Ruhe zu kommen und das Leben neu zu ordnen. Wir möchten neben dem Ausbau von Frauenhäusern auch solche Hilfsangebote finanziell unterstützen.
- Wir unterstützen die Einrichtung eines ambulanten und stationären Pflegeangebotes für alte und hilfsbedürftige Menschen. Dabei setzen wir vor allem auf kleine, stadtteilnahe Einrichtungen, die die Situation vor Ort kennen. Besonders wichtig sind uns Modelle wie das betreute Wohnen und betreute Wohngemeinschaften, die ein Höchstmaß an Selbstbestimmung ermöglichen. Daneben sollten die ambulanten Pflegedienste vor Ort unterstützt werden, etwa durch die kostenlose Bereitstellung besonderer Parkberechtigungen für ambulante Pflegedienste. Wir Freie Demokraten setzen uns aktiv für den Ausbau von intensivmedizinischen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche ein, um Pflegebedürftige länger oder auf Dauer in den Familien zu integrieren.
- Die bewährte Zusammenarbeit mit den Einrichtungen für behinderte Menschen in unserer Stadt soll erhalten bleiben. Ziel unserer Arbeit in diesem Bereich ist es, Menschen mit einer Behinderung die gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dazu gehört auch die weitere Sicherstellung der sogenannten Barrierefreiheit.
- Gerade im Sozialbereich setzen wir auf ehrenamtliches Engagement und wollen das System der Nachbarschaftshilfen in allen Stadtteilen ausbauen. Besonders unterstützen wir die Arbeit des Behindertenforums und des Seniorenbeirats.
- Menstruationsprodukte sollen in öffentlichen Einrichtungen kostenfrei oder gegen ein geringes Entgelt verfügbar sein.
- Wir setzen uns für alle Kinder in schwierigen Situationen ein. Gemeinsam mit bürgerschaftlichen Initiativen wie dem Verein Kinder in Not e.V. wollen wir für Kinder in Armut Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich schaffen und ihnen die Teilhabe an Kultur- und Freizeitangeboten ermöglichen.

**Wir Freie Demokraten stehen für einen liberalen Feminismus**, der auf der Rechtsgleichheit aller Geschlechter aufbaut und für alle Individuen Freiheits- und Entfaltungsräume erweitern will. Der liberale Feminismus strebt die Selbstbestimmung aller Individuen frei von gesellschaftlichen Rollenzuschreibungen aufgrund ihres gewählten oder biologischen Geschlechts an.

**Kommunale Gesundheitspolitik bedeutet für uns Prävention und Aufklärung, um Krankheiten schon im Vorfeld zu verhindern.** Für die Kranken wollen wir ein leistungsfähiges Angebot an Krankenhäusern bereithalten, das sich selbst finanzieren soll. Wir unterstützen in besonderer Weise Selbsthilfegruppen.

### **Folgende Punkte werden dabei die Eckpunkte unseres Handelns bilden:**

- Das Angebot hochqualifizierter Krankenhäuser in unserer Stadt wird erhalten und auf dem neuesten medizinischen Stand gehalten. Die Anstrengungen, die das Klinikum Osnabrück unternimmt, seine

Wirtschaftlichkeit zu erhalten, begrüßen wir ausdrücklich. Dazu gehört aus unserer Sicht auch, eine mögliche Zusammenarbeit mit privaten Krankenhausgesellschaften ergebnisoffen zu prüfen.

- Gerade die Hilfe bei psychischen Erkrankungen muss ausreichend ausgebaut werden. Termine sind häufig sehr schwer und mit unzumutbarer Wartezeit zu bekommen. Gerade durch Corona steigt die Nachfrage. Das psychologische und psychotherapeutische Angebot muss daher verstärkt werden.
- Eingliederungshilfe nach Sucht, psychischen Erkrankungen oder anderen Ausnahmesituationen müssen begleitet werden. Hierfür benötigt man Wohnraum zum Übergang. Da es extrem schwierig ist, diesen auf dem freien Wohnungsmarkt zu bekommen, muss für eine angemessene Anzahl von Wohnraum gesorgt werden.
- **Wir Freie Demokraten danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheitsamtes in Osnabrück, die seit Beginn der Corona-Pandemie hervorragende Arbeit leisten. Das Gesundheitsamt soll die Ausstattung, die es für die Erfüllung seines Auftrages benötigt, erhalten.**
- Das Haus der Gesundheit in der Hakenstraße ist das Zentrum der Selbsthilfe in unserer Region. Wir werden verstärkt auf solche Selbsthilfegruppen setzen, die wichtige ehrenamtliche Arbeit leisten.
- Die individuelle Gesundheitsvorsorge soll gestärkt werden. Neben gesundheitlicher Vorsorge und sportlicher Aktivität steht hierbei die gesundheitliche Aufklärung, die in Grundschule und Kindertagesstätten beginnt, im Mittelpunkt.
- Vereine bei integrativen Ambitionen unterstützen: Vielen Vereinen fehlt es nicht an Ideen zur Integration, sondern an den Mitteln hierfür. Sprachbarrieren oder bauliche Vorgaben lassen sich mit den Mitteln der Vereine nicht überbrücken. Hier muss es seitens der Kommunen aktive und finanzielle Unterstützung geben. Beispielsweise setzen sich die Freien Demokraten für einen kommunalen Dolmetscher Service ein, bei dem die Kommunen die Organisation des Zugangs zu ehrenamtlichen Übersetzern leisten und eine Art Vermittlungsdienst unterhalten.

### **Alte und neue Heimat für Menschen aus 140 Nationen**

**Als weltoffene und tolerante Stadt hat sich Osnabrück der Realisierung der Chancengerechtigkeit aller in unserer Stadt lebenden Menschen, unabhängig von nationaler, kultureller und/oder ethnischer Zugehörigkeit, verpflichtet. Was wir aber nicht zulassen werden, ist die Bildung von Parallelgesellschaften, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung ablehnen und in denen Kinder und Jugendliche um ihre Bildungschancen gebracht werden.**

#### **Dafür steht die FDP:**

- Die Integration von Menschen aus anderen Ländern und Kulturen ist für uns eine gesamtstädtische und ressortübergreifende Querschnittsaufgabe. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auf der Grundlage des vorliegenden Leitbildes die vorhandenen Integrationskonzepte fortgeschrieben werden. Dabei soll insbesondere die Arbeit in den Stadtteilen Berücksichtigung finden, da durch den direkten Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern und angepasste Maßnahmen zielorientiert und nachhaltig geplant und gearbeitet werden kann.
- Wir Freie Demokraten fordern eine gute Organisations- und Integrationsarbeit aller staatlichen Ebenen im Umgang mit geflüchteten Menschen. Den Kommunen kommt die wichtige Aufgabe zu, geflüchtete Menschen vor Ort aufzunehmen und sie zu integrieren. Geflüchtete Menschen sollen nach ihrer Ankunft in einer Stadt oder Gemeinde schnellstmöglich die großen Erstaufnahmeeinrichtungen verlassen können und in kleineren Wohneinheiten, dezentral in der Stadt oder Gemeinde untergebracht werden.
- Wir wollen vor Ort einen einfachen Zugang zu Sprachkursen schaffen. Wir wollen vorhandenes ehrenamtliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger weiter stärken und bewerben. Projekte zu ihrer Unterstützung – ggf. auch die Zahlung einer entsprechenden Aufwandsentschädigung seitens der Kommunen – sollen besonders gefördert werden.
- Wir wollen, dass die Stadt als Arbeitgeber auch Zuwanderern Chancen eröffnet und damit ein Zeichen für die lokale Wirtschaft setzt.
- Für mehr Chancengerechtigkeit von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien ist der Erhalt von Sprachförderangeboten bereits in den Kindertagesstätten für uns sehr wichtig.
- Integrationskurse und Sprachförderangebote an der Volkshochschule sollen erhalten und möglichst noch ausgebaut werden. Dazu erwarten wir entsprechende Mittel vom Bund.
- Wichtige Partner bei der Integration von Zuwanderern sind für uns die Vereine, insbesondere die Sportvereine, die hier schon Beachtliches geleistet haben. Hier müssen wir aktive und finanzielle Unterstützung geben.

- Integration ist kein zeitlich begrenzter, sondern ein dauerhafter Prozess. Das gesamtstädtische Integrationskonzept ist deshalb an die aktuellen Erfordernisse kontinuierlich anzupassen und zeitnah umzusetzen.
- Wir wollen eine engere Kooperation von Bildungs- und Förderangeboten zwischen städtischen Angeboten und Angeboten der islamischen Gemeinden. Eine persönliche Ansprechperson soll bestehende Angebote vernetzen und Angebote für alle Bewohnerinnen und Bewohner des jeweiligen Stadtteils anbieten.
- Antisemitismus, Rassismus und Verunglimpfung Andersdenkender haben in Osnabrück keinen Platz. Wir Freie Demokraten stehen zur historischen Verantwortung Deutschlands. Deshalb unterstützen wir Projekte und Initiativen, die das Gedenken an den Holocaust aufrechterhalten. Antisemitischen Initiativen wie »Boycott, Divestment and Sanctions« dürfen keine städtischen Räumlichkeiten bereitgestellt werden. In Zusammenarbeit mit der jüdischen Gemeinde wollen wir an den Schulen die Aufklärungsarbeit intensivieren. Wir wollen auch Begegnungen mit jüdischem Leben der Gegenwart fördern. Hierzu schlagen wir vor, dass Osnabrück eine jüdische Kulturwoche einführt und eine Städtepartnerschaft mit einer israelischen Stadt eingeht. In diesem Rahmen wollen wir auch einen Schüleraustausch etablieren.
- Friedensstadt Osnabrück: Osnabrück steht als Stadt des Westfälischen Friedens wie kaum eine andere Stadt in Deutschland für ein friedliches Miteinander. Als Weltbürgerinnen und -bürger wollen wir das Netzwerk der Städtepartnerschaften ausdehnen, um mit Menschen aus aller Welt in Kontakt zu treten. Dabei fordern wir ausdrücklich ein Bemühen um eine Städtepartnerschaft mit Taiwan, um ein Zeichen des friedlichen Miteinanders und für Menschenrechte weltweit zu setzen. Am 10. März jeden Jahres soll vor dem Rathaus die Flagge Tibets gehisst werden, um dem Tibetischen Volksaufstand im Jahr 1959 zu gedenken. Für queere Personen in unserer Partnerstadt Twer in Russland wollen wir ein digitales Beratungsprogramm in russischer Sprache aufsetzen, um die queere Community dort angesichts der Repression des russischen Staates zu unterstützen.

## Sicherheit und Ordnung

**Liberaler Ordnungs- und Sicherheitspolitik setzt auf das Verantwortungsbewusstsein der mündigen Bürgerinnen und Bürger und möchte die Zivilcourage jedes einzelnen Mitmenschen würdigen und fördern.** Wir wollen eine sichere und lebenswerte Stadt. Wir möchten bereits bestehende Standards erhalten und diese verbessern, und die Präventionsarbeit verstärken. Eine transparente Informationspolitik für den Bürger im Bereich der Sicherheit und Ordnung ist dabei unerlässlich. Hierfür muss die Nutzung sozialer Netzwerke, Apps und Homepages einfach zugänglich, nutzbar und miteinander verknüpft gestaltet werden. Anträge zur Nutzung kommunaler Dienstleistungen müssen digital und barrierefrei gestellt werden können

### Dafür steht die FDP:

- Die Videoüberwachung an diversen Punkten unserer Stadt darf kein Dauerzustand sein. Vielmehr muss eine solche Maßnahme von vornherein zeitlich begrenzt und regelmäßig auf ihren Nutzen hin überprüft werden. Gleichzeitig fordern wir eine verstärkte Präsenz der Polizei auch in den Stadtteilen. Gerade die Überwachung der Corona Schutzmaßnahmen durch die Polizei zeigt, dass eine verstärkte Präsenz im gesamten Stadtgebiet möglich ist. Kameras können nicht Garant für die Sicherheit der Bürger und Bürgerinnen sein.
- Osnabrücks Grün- und Sportflächen, Schulhöfe außerhalb der Schulzeiten und Spielplätze sollen der Naherholung und als Treffpunkte dienen und für jede Bürgerin und jeden Bürger frei zugänglich und nutzbar sein. Es muss eine geeignete Infrastruktur zur Entsorgung des anfallenden Mülls z.B. durch größere Müllsammelbehälter, auch unterirdisch, geschaffen werden. Jeder Stadtteil ist, wie in der Innenstadt üblich, gleich intensiv durch Reinigungsteams zu reinigen. Das bereits heute bestehende Verbot seinen Abfall auf den Grünflächen liegen zu lassen muss verstärkt durch das Ordnungsamt durchgesetzt werden.
- Wir wollen in Osnabrück das »Littering« durch Aufklärung und schneller Reinigung begegnen. Dem Graffiti Taggen ist durch Aufklärungsarbeit entgegenzutreten und betroffenen Hauseigentümern Unterstützung in der Beseitigung anzubieten, öffentliche Gebäude müssen umgehend gesäubert werden, um Anreize für weitere Taggs zu unterbinden. Osnabrück benötigt weitere attraktive Freiflächen, wo sich die Graffiti Szene ausprobieren kann.
- Wir möchten Hundebesitzern durch weitere Freilaufflächen Treffpunkte für den sozialen Austausch von Mensch und Tier anbieten.
- Kommunale Pflichtaufgabe ist Betreuung und Verwahrung von Fundtieren. Das Osnabrücker Tierheim ist als privater Verein mit der Umsetzung beauftragt und daher mit den finanziellen Mitteln so auszustatten, dass der Tierschutz gewährleistet werden kann und keine Tierabgabe abgewiesen werden muss.
- Das Technische Hilfswerk in Osnabrück ist ein wichtiger und verlässlicher Partner im Katastrophenschutz und der örtlichen Gefahrenabwehr. Dies wollen wir in Zukunft weiter fördern und intensivieren.

- Das THW muss in Zukunft verstärkt in die örtliche Gefahrenabwehr der Stadt integriert und nicht mehr nur als letzte Notreserve genutzt werden.

## Kultur

**Osnabrück hat sich eine beachtliche Kulturszene und einen wichtigen Ruf als Friedensstadt erarbeitet.** Beide haben erhebliche Ausstrahlungswirkung und sind wichtig für die Atmosphäre und Attraktivität unserer Stadt. Das Kulturangebot ist ein Standortfaktor, der eine nicht zu unterschätzende Bedeutung hat. Nicht wenige qualifizierte Studierende und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer machen die Entscheidung für oder gegen eine Region auch von deren kultureller Strahlkraft abhängig. Schon deshalb können wir uns keine Kultur nicht leisten.

**Umgekehrt darf es aber keine Denkverbote geben.** Kultur und Kulturträger haben in mehrfacher Hinsicht eine Eigenverantwortung. Sie müssen sich selbst bemühen, einen möglichst großen Eigenbeitrag zu erwirtschaften und einzuwerben. Zugleich müssen sie allen Bürgerinnen und Bürgern ein Angebot machen, das Berührungspunkte und Zugangsschwellen senkt. Wo öffentliches Geld im Spiel ist, muss das Ziel stets sein, allen die es erwirtschaften, Teilhabe zu gewähren.

**Deshalb darf Kunst für uns als Liberale auch kein sakrosankter, wettbewerbsfreier Raum sein. Es darf keine verordnete Diktatur des Mainstream herrschen.** Jedes Angebot muss sich aber auch hinterfragen lassen und darauf geprüft werden dürfen, ob es die bestmögliche Verwendung der öffentlichen Mittel erreicht. Eine Wahrung von Besitzständen oder politische Rücksichtnahmen wird es mit uns nicht geben. Es steht weder der Politik noch einzelnen Gruppen zu, allein zu entscheiden, was kulturell wertvoll und förderungswürdig ist. Dem setzen wir das Ziel eines breiten Kulturangebots für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen entgegen.

### Daher fordern wir Liberale:

- Jede Einrichtung und Veranstaltung muss ihr möglichstes tun, Mittel von privaten Mäzenen und Sponsoren einzuwerben. Die finanzielle, organisatorische und werbende Unterstützung privater Kulturinitiativen ist fortzusetzen. Hier kann die Stadt Hilfe bieten, ihr Netzwerk und ihre Erfahrungen zu nutzen.
- Ein Beispiel: Dem Osnabrücker Zoo gelingt es, dank einer starken bürgerschaftlichen Basis, eines dichten Netzwerks an Sponsoren und einer kreativen, am Wohl und Interesse von Tieren und Besucherinnen und Besuchern gleichermaßen ausgerichteten Führung, als einer der wenigen Zoos in Deutschland fast ohne öffentliche Zuschüsse zu arbeiten. Die Stadt Osnabrück leistet in der Regel allenfalls noch Investitionszuschüsse für neue Projekte. Dies zeigt aus unserer Sicht, dass Publikumsinteresse, öffentlicher Auftrag und kreatives Bemühen um Engagement von Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen kein Widerspruch sind. Der Zoo kann hier ein Beispiel für andere Einrichtungen sein.
- Kinder und Jugendliche sollen für die Kultur begeistert werden. Spaß und Spiel sind dabei ebenso wichtig wie der Bildungsaspekt. Hierfür muss die Zusammenarbeit zwischen den kulturellen Einrichtungen der Stadt mit den Schulen weiter vertieft werden. Die Musik- und Kunstschule kann ebenfalls entsprechende Angebote machen. Außerdem sollen private Sponsoren und Ausrichter für Kulturprojekte für Kinder und Jugendliche gewonnen werden. Die Kinder- und Jugendkulturtage müssen breit angelegt werden und möglichst viele Bereiche abdecken. Kinder müssen dabei mit »alter Kultur« und mit »moderner Kultur« vertraut gemacht werden. Rockmusik ist genauso ein Kulturelement wie klassische Musik.
- Das Osnabrücker Theater soll als Anziehungspunkt mit überregionaler Ausstrahlung erhalten werden. Insbesondere unterstützt und ausgebaut wird das Kinder- und Jugendtheater. Dazu müssen alle Profiteure, auch der Landkreis Osnabrück, einen angemessenen Beitrag leisten. Um das Theater zu erhalten muss auch über die Stadt Osnabrück hinausgedacht werden und auch die Spielstätten rund um Osnabrück einbezogen werden. Gleiches gilt für das Land Niedersachsen, kein Theater darf ohne sachlichen Grund überproportional unterstützt werden.
- Der internationale Austausch mit unseren Partnerstädten ist auch im Kulturbereich auszubauen, indem Künstlerinnen und Künstlern aller Bereiche (Musik, Theater, Malerei etc.) ermöglicht wird, ihre Arbeit vorzustellen. Die Finanzierung kann über Patenschaften und Sponsoring unterstützt werden. Die Bildung eines Forums hilft bei der Planung und Umsetzung.
- Zu prüfen ist, für welche zusätzlichen Nutzungen die Gebäude der Stadt sich eignen. Es sollen Angebote für Events mit kultureller Note entwickelt werden, vom Kindergeburtstag über die Firmenfeier bis hin zu Fachveranstaltungen. Der Innenhof des Dominikanerklosters wäre beispielsweise gut geeignet dafür.
- Kulturveranstaltungen mit überregionaler Bedeutung wie das Morgenland-Festival oder das European Media Art Festival sollen weiterhin angeboten werden. Es ist zu prüfen, inwieweit sich einzelne Veranstaltungen wie das

Morgenland-Festival öffnen lassen, um mehr Bürgerinnen und Bürger dafür zu interessieren und die Kosten zu senken. Z.B. einem orientalischen Café am Rande einer Veranstaltung den Verkauf seiner Produkte zu ermöglichen, nimmt einer Veranstaltung nicht ihren künstlerischen Anspruch.

- Im Kulturbereich sind verstärkt Einzelprojekte zu fördern, um eine breite Basis zu schaffen. Nur ein breiter Sockel schafft die Grundlage für Spitzenangebote und motiviert die Bürgerinnen und Bürger zu eigenem Engagement, so dass weiteres Potenzial aktiviert wird. Vergleicht man etwa die Lagerhalle mit Angeboten privater Anbieter wie dem Rosenhof, stellt sich die Frage nach dem positiven Mehrwert einer umfassenden institutionellen Förderung.
- Der Erich-Maria-Remarque-Friedenspreis ist so weiterzuentwickeln, dass er auch internationale Bedeutung erlangt.

## Sport

**Die Corona-Pandemie mit den monatelangen Schließungen von Sporthallen, Bädern, Fitnessstudios, Spiel-, Sport- und Bolzplätzen hat der Osnabrücker Sportlandschaft zugesetzt.** Viele Osnabrückerinnen und Osnabrücker konnten ihren gewohnten Sportarten nicht in üblicher Weise nachgehen. Bewegungsmuster haben sich seither verändert: Während Einzelsportarten wie Jogging, Nordic-Walking, Inline-Skating, Radfahren oder Fitnessübungen Zulauf erfahren haben, fehlen die vielen Monate der Sozialisation mit Schul-, Vereinssport- und sonstigen organisierten Bewegungsangeboten gerade Kindern und Jugendlichen. Auch viele Reha- und Präventionssportangebote konnten nicht durchgeführt werden. Gleichwohl haben die meisten Osnabrückerinnen und Osnabrücker ihren Sportvereinen und Fitnessstudios die Treue gehalten. Kein Wunder, denn Sport in Gemeinschaft ermöglicht Begegnungen mit einer Tiefe und Intensität, wie sie in einer individualisierten Gesellschaft seltener geworden sind. Wie aber wird die Sportlandschaft in Osnabrück nach der Pandemie aussehen? Wird alles, wie es war?

**Einerseits sind die Rahmenbedingungen für den organisierten Sport besser geworden, denn insbesondere zur Sanierung und Instandhaltung der Sportstätten haben der Bund und das Land Niedersachsen in den letzten Jahren mehr Mittel bereitgestellt.** Die FDP hat diese sportpolitischen Prozesse auf allen Ebenen eng begleitet – etwa als es darum ging, im Bund für mehr Infrastrukturmittel im Sinne des »Goldenen Plans« zu streiten. In Niedersachsen haben die Liberalen immer wieder die Relevanz der Vereinssportstätten thematisiert und ihre Berücksichtigung bei der Sportstättenförderung eingefordert. Jetzt geht zumindest jeder fünfte Euro des Landes für den Sportstättenbau in Vereisanlagen, von denen wir auch in Osnabrück viele haben. Auf kommunaler Ebene haben wir Zuschüsse für die Vereine und Sanierungs- und Bauvorhaben von Sportstätten mitgetragen und dabei immer einen Blick auf die Wirtschaftlichkeit gelegt. Infrastrukturell hat sich also eine Menge getan. Viele Sanierungsaufgaben des Sportentwicklungsplans 2012 wurden umgesetzt, Aber es gibt noch viel zu tun: Etwa die weitere Behebung des Sanierungsstaus bestehender Sportanlagen und die Weiterentwicklung bestehender Sportstätten – angepasst an verändertes Nutzungsverhalten, Energieeffizienz oder die UN-Behindertenrechtskonvention.

**Gleichzeitig ändert sich das Freizeitverhalten:** Die Arbeitszeiten werden flexibler, der Anteil an Individual- gegenüber dem organisierten Vereinssport nimmt zu, die Angebote kommerzieller Fitnesssportanbieter ebenso. Corona wird diesen Trend – trotz monatelanger Schließung der Anlagen – nachhaltig beschleunigen. Andererseits verbringen insbesondere Kinder und Jugendliche mehr Zeit drinnen. Digitale und jederzeit verfügbare Alternativen zur Bewegung in der Natur können sich – verstärkt durch das Aussetzen vieler Sportangebote während der Pandemie – zur ernsthaften Konkurrenz für den Sport und die Bewegungskultur in unserer Stadt entwickeln. Es besteht die Gefahr, dass das 2012 ausgegebene Ziel, die vergleichsweise hohe Quote der sportaktiven Menschen in der Stadt zu halten, nicht erreicht werden kann. Durch das veränderte Freizeitverhalten stellt sich die Frage, ob das Osnabrücker Sportstättenangebot noch zeitgemäß ist. Parallel wird unsere Gesellschaft immer älter – und gerade im fortgeschrittenen Alter kommt regelmäßiger Bewegung eine zentrale Rolle zu. Hier entsprechende Sportangebote vorzuhalten, wird wichtige Aufgabe der Osnabrücker Sportpolitik der kommenden Jahre sein.

**Wofür stehen Liberale grundsätzlich in der Sportpolitik?** Liberale Grundsätze finden sich sehr gut in der Sportlandschaft wieder: Denn Sporttreiben kommt in der Regel aus eigenem Antrieb. Der Leistungsgedanke spielt neben dem Spaß-, Gemeinschafts- und Gesundheitsgedanken gerade bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine zentrale Rolle. Sport wird häufig in selbstorganisierten Vereinen getrieben, die in erster Linie vom Ehrenamt getragen werden. Es gibt nichts Liberaleres, als sich um seine Belange und die seiner Mitmenschen selbst zu kümmern, anstatt danach zu rufen, Dritte oder der Staat sollten entsprechende Angebote organisieren. Um dieses Engagement gerade in den Vereinen zu fördern, haben wir uns in der Vergangenheit für eine regelmäßige Anpassung der Übungsleiter- und Ehrenamtspauschale sowie für erleichterte Haftungsregelungen für ehrenamtliche Vereinsvorstände und eine Erhöhung der Besteuerungsfreigrenze für den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb von Vereinen eingesetzt. Wir werden auch künftig für regelmäßige Anhebungen der Sätze streiten, um das Ehrenamt in unserer Stadt zu unterstützen. Viele Bewegungsprojekte und Sportveranstaltungen wäre ohne das Engagement der Osnabrückerinnen und Osnabrücker undenkbar. Und nicht zuletzt der unternehmerische Einsatz von Fitnessstudio-, Kletterhallen- und sonstigen privaten Sportanlagenbetreiberinnen und -betreibern trägt zur Vielfalt der Sportlandschaft bei, wie wir sie in Osnabrück kennen- und schätzen gelernt haben. **Für dieses Engagement, welches leider noch viel zu wenig wertgeschätzt wird, sagen wir als FDP: Danke!**

**Die Pandemie hat uns gezeigt, wie sehr das Sporttreiben und das von persönlichen Kontakten geprägte Vereinsleben fehlen.** Engagierte Übungsleiter/-, Trainer/-, Betreuer/- und Helfer/-innen leisten hier einen essentiellen Beitrag zur Integration und Inklusion als auch zur Prävention und Rehabilitation im Gesundheitsbereich. Sport vermittelt soziale Kompetenzen, stärkt Teamgeist, Verantwortungsbewusstsein und Leistungsbereitschaft, gewährt Teilhabe und schafft zwischenmenschliches Verständnis.

**Für die FDP Osnabrück ist dabei vor allem wichtig, dass Kinder und Jugendliche schon früh an den Sport herangeführt werden.** Um den Grundstein für eine lebenslange Bewegungskultur zu legen, müssen mehr Sportstunden in Krippen, Kindergärten und Grundschulen angeboten werden. Sport fördert die Motorik, bringt körperlichen Ausgleich und erleichtert die Wissensvermittlung.

**Ein attraktives Freizeitangebot beinhaltet Trendsportarten für Kinder und Jugendliche, Bewegungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen und Ältere sowie Teilhabechancen für Migranten.** Insbesondere Frauen mit Migrationshintergrund müssen wir stärker für den organisierten Sport begeistern. Sport kann dabei als Motor für gelungene Integration wirken. Es gibt jedoch keinen Integrationsautomatismus. Es müssen konkrete Konzepte, Werte und Strukturen vorhanden sein, um Integration im und durch den Sport zum Erfolg zu führen. Damit der Sport sein integratives Potential besser entfaltet, ist es sinnvoll, die Angebote von Schulen und Hochschulen, Unternehmen, Kirchen, privaten Initiativen, Politik und Vereinen sowie den Institutionen der Jugendarbeit besser zu vernetzen und im Dialog fortzuentwickeln. Der Dialog muss dabei selbstbestimmt und freiwillig sein. Die Stadt Osnabrück kann jedoch hierfür ein Forum bieten.

**Die Osnabrücker Sportlandschaft zeichnet sich durch ein breites Angebot aus, das für jede Bürgerin und jeden Bürger etwas bietet.** Sowohl der Spitzen- als auch der Breitensport sind Teil dieses Angebots. Die Förderung des Spitzensports obliegt dabei grundsätzlich dem Bund und teilweise dem Land Niedersachsen, wohingegen die Stadt primär für die Rahmenbedingungen für den Breitensport zu sorgen hat. Ein gutes Umfeld für den Breitensport ist Grundlage für junge Talente des Spitzensports. Und der Spitzensport wiederum begeistert gerade Kinder und Jugendliche für Bewegung. Daher sehen wir hier – im Gegensatz zu anderen Parteien – keinen Gegensatz, sondern zwei Seiten einer Medaille. Osnabrücker Leuchttürme aus Fußball, Leichtathletik, Basketball, Football, Rudern, Schwimmen, Volleyball und anderen Sportarten sind wertvolle Botschafter unserer Stadt und erfahren unsere Unterstützung.

**Eine der erfolgreichsten Sportmannschaften unserer Stadt und der Region ist die Fußball-Drittligamannschaft des VfL Osnabrück.** Die Strahlkraft und die wirtschaftlichen Impulse des Vereins für die Region Osnabrück hat nicht zuletzt eine Studie der Universität Osnabrück belegt. Trotz der wirtschaftlich durchaus angespannten Lage des Vereins kann es aber nach unserer liberalen Auffassung nicht Aufgabe der Stadt Osnabrück sein, als Vertreterin der Bürgerinnen und Bürger beziehungsweise Steuerzahlerinnen und Steuerzahler finanzielle Risiken für eine Drittligamannschaft einzugehen. Dies gilt insbesondere bei der Haushaltslage der Stadt, die sich durch Pandemie und riskante Geldanlagen verschärft hat. Es ist nicht Aufgabe der Kommunen, die Nachteile der Profiklubs auszugleichen, die sich aus der extrem ungleichen Verteilung der TV-Gelder und den erhöhten Lizenzierungsvorgaben ergeben. Hier sind die Sportverbände gefragt, nicht die Steuerzahler. Zur Bewältigung der finanziellen Situation des Vereins sind kreative Lösungen gefragt. Die Sponsoring-Aktivitäten des VfL Osnabrück und das erfolgreiche Crowdfunding zeigen deutlich, dass es auch jenseits städtischer Unterstützung Möglichkeiten für eine solide Finanzierung des VfL Osnabrück gibt. Gleichwohl sehen wir die Notwendigkeit, dem Verein angemessene Trainingsmöglichkeiten – auch für den Nachwuchs – zu bieten. Schließlich sind die Unterstützung aller Vereine und die Instandhaltung und Schaffung moderner Sportstätten eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Standortwahl und finanzielle Auswirkungen werden wir daher kritisch begleiten.

### **Dafür steht die FDP:**

- Zur zeitgemäßen Weiterentwicklung der Sportlandschaft sind eine Bestandsanalyse und eine Befragung zum Sportverhalten und den Wünschen der Osnabrückerinnen und Osnabrücker unabdingbar: Die FDP setzt sich daher für eine Neuauflage der Sportentwicklungsberichte aus den Jahren 2003 und 2012 ein.
- Bewegung und Lernen gehören zusammen. Sportstunden sind daher in allen Kindertagesstätten und Kindergärten anzubieten. Hier wird der Grundstein für die Bewegungsaktivitäten im weiteren Leben gelegt. Kinder müssen ganz selbstverständlich mit vielen Bewegungsangeboten aufwachsen können. Das Modell der Bewegungs-Kitas begrüßen wir daher.
- Die Kooperation von Schulen und Vereinen sind besonders im Grundschul- und Ganztagsbereich zu intensivieren, ohne dabei die Ehrenamtlichen in den Vereinen zu überfordern. Tägliche Sportstunden sind übergeordnetes Ziel der Liberalen in der Sportpolitik. Nicht aus Selbstzweck, sondern um die Vermittlung von Wissen, sozialen Kompetenzen und Bewegungskultur zu stärken. Dafür bedarf es mehr ausgebildete Sportlehrerinnen und Sportlehrer.
- Alle Schulen sollen mit modernen und funktionsfähigen Sportgeräten ausgestattet werden.
- Schulhöfe sollen mehr Spiel- und Sportmöglichkeiten bieten, die ganztägig nutzbar sind.
- Das Modell der »Bewegten Schule« soll ebenso ausgeweitet werden wie ausgewiesene Sportprofile der Schulen.

- Schulen sollten im Bedarfsfall eine »Duale Karriere« ermöglichen, also die Vereinbarkeit einer Laufbahn in der Schule und im Leistungssport gewährleisten (»Partnerschulen des Leistungssports«).
- Auch an den Schulen werden idealerweise Qualifizierungsangebote für Schülerinnen und Schüler gemacht, um diese zu Sportassistenten, Jugend- und Übungsleitern auszubilden. Sie übernehmen damit Verantwortung für sich und andere. Gleichzeitig lernen sie das Rüstzeug zur Übernahme von Ehrenämtern in Sportvereinen und anderen gesellschaftlichen Bereichen.
- Osnabrück ist eine vielfältige Stadt. Wichtige Begegnungsorte von Menschen unterschiedlicher geographischer und sozialer Herkunft, Religion, sexueller oder politischer Orientierung und Altersgruppen sind die Sportvereine. In einer stärker polarisierten Gesellschaft kommt diesem sozialen Raum eine immer wichtigere Rolle zu. Dieses integrierende Miteinander muss weiter gestärkt werden. Wir möchten daher insbesondere mehr Migrantinnen und Migranten für den organisierten Sport und das Ehrenamt gewinnen, da hier besonderer Nachholbedarf besteht. Ehrenamtlichen möchten wir grundsätzlich den Rücken stärken, da sie viele zwischenmenschliche Begegnungen durch ihre Arbeit in den Vereinen erst möglich machen. Um diesen Menschen mehr Wertschätzung zu geben, schlagen wir Liberalen jährliche Dankesaktionen der Stadt zum Tag des Ehrenamts vor.
- Zur besseren Integration von Flüchtlingen in den Osnabrücker Sport setzt die FDP auf einen stärkeren Dialog aller gesellschaftlichen Akteure – weit über den Sport hinaus. Bürokratische und rechtliche Hürden für die Flüchtlingsarbeit im Sport sind abzubauen.
- Die großzügigen Öffnungszeiten kommunaler Sportstätten sind weiterhin zu erhalten und in Ferienzeiten beizubehalten. Digitale Buchungssysteme befreien alle Beteiligten von überbordender Koordinierungsbürokratie. Betriebssportgruppen sind bei der Vergabe von Platz- und Hallenzeiten angemessen zu berücksichtigen.
- Die Ehrenamtlichen in den Osnabrücker Vereinen sind von Bürokratie so gut es geht zu entlasten. Dies gilt auch bei Anträgen und Nachweispflichten im Rahmen der Sportförderung.
- Die notwendige Sanierung unserer Sportfreianlagen und -hallen ist fortzusetzen. Dies gilt unter Beachtung der geplanten EU-Restriktionen für Mikroplastikgranulat auch für Kunstrasenplätze.
- Die in der Sportförderrichtlinie definierte Sportstättenkommission soll um je eine/n Vertreter/in von Sportjugend Osnabrück, Behindertensportverband Niedersachsen (BSN) in Osnabrück, Jugendparlament und Seniorenbeirat erweitert werden. Deren Vertreter sind zu Begehungen einzuladen und bei Entscheidungen anzuhören.
- Mit Blick auf den Schwimmunterricht an den Osnabrücker Schulen und die Schwimmfähigkeit der Kinder sollen auch künftig ausreichende Wasserflächen vorgehalten werden. Ziel bleibt es, allen Kindern bis Klasse vier das Schwimmen beizubringen. Nicht als Selbstzweck, sondern weil Schwimmen eine Überlebenstechnik ist. Insbesondere die Schwimmfähigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund bedarf aus Sicht der FDP mehr Unterstützung. Dies gilt speziell für Mädchen. Dafür brauchen wir mehr Unterstützung und Entlastung von Fachpersonal in den Bädern. Beispielsweise können Schwimm- und Bademeisterinnen und -meister beim Thema Sicherheit entlastet werden. Schwimmlehrerinnen und -lehrer sollten sich auf ihren Kernaufgaben konzentrieren können.
- Ein Schwerpunkt bei den Sanierungen anhand des Sportstättenentwicklungsplanes ist auf die energetische Sanierung zu legen, um die Betriebskosten zu senken. Ebenso ist die Barrierefreiheit voranzutreiben.
- Im Rahmen der Möglichkeiten soll Trendsportarten der entsprechende Raum eingeräumt werden. Planungen für den Umbau kaum bis nicht genutzter Sportflächen für neue Bewegungsformen begrüßen wir.
- Für die Osnabrückerinnen und Osnabrücker und potentielle Neubürgerinnen und Neubürger stellt der Sport einen immer wichtigeren weichen Standortfaktor dar. Dieser spielt auch beim Werben um Fachkräfte eine immer wichtigere Rolle. Unsere Stadt braucht daher ein vielfältiges Angebot an modernen und Sport-, Bolz- und Spielplätzen, Sporthallen, Fitnessstudios, Bädern und Bewegungsräumen in der Natur. Entsprechende Areale sind bei der Stadtentwicklung, der Verkehrsplanung und der Erschließung neuer Wohngebiete angemessen zu berücksichtigen (»Fachplan Sport«). Eine Stadt ohne ausreichende Natur- und Bewegungsräume verliert an Lebensqualität.
- Die Planungen für neue Sportareale begrüßen wir. Bei größeren Sportarealen, wie sie am Limberg oder in der Gartlage entstehen sollen, sind Akteure aus Sport und Stadtteilen frühzeitig einzubeziehen und ökologische Belange sowie die Wahrung der Frischluftkorridore zu berücksichtigen. Die Umsetzung von Bewegungsarealen, wie sie die bestehende Sportentwicklungsplanung vorgesehen hat, begrüßen wir. Bewegungsangebote für Familiensport werden stärker als bisher in die Planungen integriert.
- Die FDP setzt sich für sicherere Radwege ein. Bestehende Routen sollen dabei besser instandgesetzt und im Sinne des Radverkehrsplans 2030 vernetzt werden.
- Bestehende Laufstrecken müssen besser beschildert, beleuchtet und kilometriert ausgewiesen werden.

- Die Ausweisung von Down-Hill-Pisten ist zu prüfen.
- Wir fordern eine aktualisierte Übersicht aller Sportstätten im Stadtgebiet, in der insbesondere Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderungen und Ältere zielgruppengenaue Angebote finden. In diesen digitalen Sportstättenatlas sollen auch private Angebote integriert werden.
- Der häufig genutzte Sportraum Straße wird gerade Wohngebieten durch die Ausweisung verkehrsberuhigter Spielstraßen sicherer gemacht.
- Die zum Erhalt und Ausbau bestehender Sportangebote notwendigen Kooperationen zwischen bzw. Fusionen von Vereinen erfolgen in Eigenregie des Sports. Die FDP steht für Eigenbestimmung und Subsidiarität und wendet sich gegen die Einmischung der Politik in die Organisation des Sports.
- Sportevents begeistern für Bewegung. Die Stadt unterstützt die private Umsetzung entsprechender Formate.
- Zuschüsse an die Vereine, insbesondere zur Bewirtschaftung und Instandhaltung von Sportanlagen, werden verlässlich weiter geleistet. Gerade weil die Vereine durch die Pandemie teilweise hohe Einnahmeausfälle zu verzeichnen hatten, brauchen sie hier Planungssicherheit. Jeder Euro, der in diesen Bereich fließt, löst durch das ehrenamtliche Engagement in den Sportvereinen wichtige finanzielle und gesellschaftliche Multiplikatoreffekte aus.
- Die FDP ist gegen Bürgschaften und Kredite der Stadt für den Profifußball. Auch finanzielle Zuwendungen, verdeckt über städtische Töchter der Stadt Osnabrück, sieht die FDP kritisch. Die Stadt sollte vielmehr die Rolle als Gesprächspartner, Vermittler bzw. Gestalter fairer Rahmenbedingungen für den VfL und andere Sportvereine in unserer Stadt einnehmen.
- Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt und ihrer Töchter im Sportbereich sieht die FDP dort kritisch, wo in Konkurrenz zu privaten Anbietern getreten wird. Der Betrieb einer Elektro-Kartbahn ist nicht Bestandteil der Daseinsvorsorge.
- Die pädagogische und präventive Arbeit des Osnabrücker Fußball-Fanprojekts soll gestärkt werden. Nicht zuletzt die bewundernswerten und mit dem Julius Hirsch-Preis ausgezeichneten Aktivitäten des Fanprojekts und der Fanszene zur Erinnerungskultur sind wichtig für das gesellschaftliche Leben und Bewusstsein in der Stadt. Auf der Landesebene hat die FDP 2018 eine Erhöhung der Mittel für das Fanprojekt erreichen können: Die FDP-Fraktion im Landtag hatte sich seinerzeit für die Erhöhung des Landesanteils auf 75.000 Euro pro Fanprojekt eingesetzt, um im Dialog mit den Kommunen die maximalen Fördermittel der Verbände für die Fan(sozial-)arbeit auszuschöpfen. Nachdem in den parlamentarischen Verhandlungen zwischenzeitlich eine viel geringe Förderung im Raum war, stellten die damals vom Landtag beschlossenen 50.000 Euro pro Fanprojekt eine erhebliche Verbesserung dar. Die Koordinationsstelle der Fanprojekte (KOS) hatte zuvor wiederholt moniert, dass der Finanzierungsanteil in Niedersachsen zu gering sei und damit die personelle Ausstattung der einzelnen Projekte mit mindestens vier Vollzeitstellen, davon eine für Organisation und Finanzen, wie sie das Nationale Konzept Sport und Sicherheit (NKSS) vorsieht, nicht erreicht wurde. Der städtische Anteil ist entsprechend zu verstetigen, um die Mittel der Fußballverbände, die den Anteil von Land und Kommune verdoppeln, umfassend abzurufen.
- Fanprojekt und aktive Fanszene des VfL Osnabrück sollen regelmäßig in sicherheitsrelevante Entscheidungsprozesse von Verein, Land Stadt und Polizei einbezogen werden. Bei der »Datensammlung Sport« über Fußballfans in Niedersachsen sind auch mit Blick auf Osnabrücker Fans die Maxime der Unschuldsvermutung, des Datenschutzes, der Informationsfreiheit und der informationellen Selbstbestimmung dringend zu achten.
- Auch in Osnabrück entwickelt sich eine schnell wachsende eSport-Szene. Dadurch können jüngere Menschen an die Vereine und auch das Bewegungsangebot in den Klubs herangeführt werden. Wir sehen hier keinen Gegensatz zum physischen Sport, sondern eine Ergänzung. Wir setzen uns auf Landes- und Bundesebene dafür ein, dass Sportvereine entsprechende Angebote vorhalten und entsprechende Sparten entwickeln können, ohne dass sie ihre Gemeinnützigkeit infrage stellen. Diese Entwicklung muss medienpädagogisch begleitet werden. Entsprechende Konzepte, wie sie auch die Osnabrücker eSport-Factory vorhält, unterstützen wir.
- Eine älter werdende Gesellschaft braucht auch mehr Bewegungsräume und -angebote für »best ager«. Daher regen wir einen Austausch von Sportamt, Seniorenbeirat, Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Volkshochschulen und Ärzteschaft vor Ort an, um Kooperationen voranzutreiben und neue Ideen für diese Zielgruppe zu entwickeln. Generationenübergreifende Bewegungsparks wie in Nürnberg können dabei Vorbild sein. Bestehende Trimm-Dich-Pfade sind zu ertüchtigen.
- Die Sportvereine müssen selbstverständlicher Bestandteil regionaler Gesundheitsbündnisse sein.

## Unsere Kandidatinnen und Kandidaten

## Unser Oberbürgermeisterkandidat

### Dr. Thomas Thiele

#### Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Rat

##### Wahlbereich 1: Gartlage, Schinkel, Innenstadt

- 1 Maghsoodi, Annahita, Selbstständig \*1992 Osnabrück
- 2 Schreiner, Jonathan, Selbstständig \*2001 Osnabrück
- 3 Heilen, Marvin, Student \*1997 Osnabrück
- 4 Koc, Bülent, Kundenberater \*1976 Osnabrück
- 5 Kaulbach, Sophie, Steuerassistentin \*1998 Osnabrück
- 6 Schlüchter, Dirk, Rechtsassessor \*1971 Osnabrück
- 7 Dr. Carl, Jobst-Wilken, Rentner \*1946 Osnabrück

##### Wahlbereich 2: Schinkel-Ost, Widukindland, Darum, Gretesch, Lüstringen

1. Tiemann, Dieter, Dipl. Finanzwirt \*1957 Osnabrück
- 2 König, Gabriela, selbstständig Immobilienverw. \*1952 Osnabrück
- 3 Weisbrich, Markus, Oberstudienrat \*1980 Osnabrück
- 4 Härtel, Robert Karl Heinrich, Autoverkäufer \*1990 Osnabrück
- 5 Schwarze, Dieter, Bäckermeister \*1939 Osnabrück
- 6 Arendt, Thore, Head of PMO \*1973 Osnabrück
- 7 Fakhre Fatemi, Mohsen, Steuerberater \*1958 Osnabrück
- 8 Hagemes, Joshua, Student Wirtschaftswissenschaften \*1998 Osnabrück

##### Wahlbereich 3: Fledder, Schölerberg, Voxtrup

- 1 Körbi, Linus, Rechtsreferendar \*1995 Osnabrück
- 2 Wilmsmeyer, Jan, Elektromeister \*1994 Osnabrück
- 3 Matysik, Jackson Thomas Paitai, Schüler \*2002 Osnabrück
- 4 Leufgen, Florian, Student \*1996 Osnabrück

##### Wahlbereich 4: Kalkhügel, Neustadt, Nahne, Sutthausen

- 1 Hasskamp, Oliver, Sozialversicherungsfachangestellter \*1972 Osnabrück
- 2 Melles, Kerstin, Studentin \*1987 Osnabrück
- 3 Lukosch, Hans-Joachim, Leitender Angestellter \*1957 Osnabrück
- 4 Ehrlich, Markus, Versicherungskaufmann \*1970 Osnabrück
- 5 da Silva Magalhaes Strobels, Angela Maria, Restaurantbesitzerin \*1967 Osnabrück
- 6 Wickel, André, Dipl. Musikpädagoge \*1976 Osnabrück
- 7 Berding, Torsten, Dipl. Wirtschaftsingenieur \*1971 Osnabrück
- 8 Iglesias, Claudio, Gastronom \*1994 Osnabrück
- 9 Möllenkamp, Hans Jörn, selbstständiger Versicherungsfachmann \*1971 Osnabrück
- 10 Schebitz, Maximilian, Amtsgerichtsdirektor \*1977 Osnabrück

##### Wahlbereich 5: Hellern, Wüste

- 1 Ali, Nemir, Jurist \*1996 Osnabrück
- 2 Richter, Christine Susanne, Studentin \*2000 Osnabrück
- 3 Andree, Alexander, Student \*1994 Osnabrück
- 4 Dümmer, Moritz, Student \*1999 Osnabrück
- 5 Baylor, Michel, Student \*2001 Osnabrück
- 6 Eisenblätter, Jonah, Student \*2000 Osnabrück
- 7 Dr. Hermes, Stephan, selbstständiger Facharzt \*1957 Osnabrück
- 8 Döhren, Christof, Planspielleiter, Hochschuldozent \*1972 Osnabrück
- 9 Windhoff, Peter, Entrepreneur \*1976 Osnabrück
- 10 Altmann, Oliver, Lehrer \*1967 Osnabrück

**Wahlbereich 6: Westerberg, Weststadt, Altstadt**

- 1 Dr. Thiele, Thomas, Facharzt \*1957 Osnabrück
- 2 Haarmann, Thomas, Mathematiker \*1948 Osnabrück
- 3 Pott, Melanie, Friseurmeisterin \*1972 Osnabrück
- 4 Wimmer, Jonas Benjamin, Student \*1999 Osnabrück
- 5 Müller, Annette, Zahnärztin, Oralchirurgin \*1959 Osnabrück
- 6 Kayser, Jan Haymo, Student \*1998 Osnabrück
- 7 Jutzi, Daniel Benjamin, Rechtsanwalt \*1982 Osnabrück
- 8 Trometer, Manuel, Student der Agrarwissenschaft \*1992 Osnabrück
- 9 Münzer, Angelica, Rentnerin \*1943 Osnabrück
- 10 Maschmann, Timo, Konzertveranstalter \*1969 Osnabrück

**Wahlbereich 7: Atter, Eversburg, Hafen**

- 1 Geelvink, Hinrich, Rechtsanwalt \*1954 Osnabrück
- 2 Brockhoff, Jens, Finanzbuchhalter \*1979 Osnabrück
- 3 Klösel, Joachim, Kfm. Angestellter \*1957 Osnabrück
- 4 Dr. Rössler, Peter, Kaufmann \*1943 Osnabrück
- 5 Lüpkes, Helge, Student \*1995 Osnabrück

**Wahlbereich 8: Dodesheide, Haste, Sonnenhügel, Pye**

- 1 Seidler, Robert, Rechtsanwalt \*1954 Osnabrück
- 2 Sauthoff, Annegret, Rentnerin \*1942 Osnabrück
- 3 Dr. Moldenhauer, Dirk, Rechtsanwalt, Steuerberater \*1983 Osnabrück
- 4 Gerbershagen, Niklas, Unternehmer Online-Marketing \*1997 Osnabrück
- 5 Altvogt, Guido, Bundesbeamter \*1960 Osnabrück
- 6 Meyer, Aurel, Immobilienkaufmann \*1984 Osnabrück

## Allgemeine Informationen zur Kommunalwahl 2021

**Wer wird gewählt?**

Gewählt werden in Osnabrück

- Der Oberbürgermeister
- insgesamt 50 Ratsmitglieder für die Dauer von fünf Jahren.

**Wann wird gewählt?**

Wahltag ist der **12. September 2021**. Die Wahllokale sind in der Zeit von 8:00 bis 18:00 Uhr geöffnet.

**Wahltag für eine eventuelle Stichwahl zwischen den beiden Erstplatzierten Kandidaten für die Oberbürgermeisterwahl ist der 26. September 2021 gleichzeitig mit der Bundestagswahl.**

**Wer ist wahlberechtigt?**

Wahlberechtigt sind alle Bürger der Stadt Osnabrück, die

- am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben,
- die deutsche Staatsangehörigkeit oder die eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union besitzen,
- seit mindestens drei Monaten mit Hauptwohnsitz in Osnabrück wohnen und
- nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

**Wie wird gewählt?**

Sie erhalten einen Stimmzettel für die Wahl des Oberbürgermeisters und für die Wahl des Rates der Stadt.

Für die Wahl des Oberbürgermeisters können Sie auf dem Stimmzettel einen Bewerber ankreuzen.

Für die Wahl der Ratsmitglieder können Sie auf Ihrem Stimmzettel drei Kreuze machen! Sie haben also drei Stimmen! Sie können alle drei Stimmen einer Partei oder einem einzigen Bewerber geben. Sie können Ihre Stimmen aber auch auf mehrere Bewerber und/oder Parteien verteilen.

### Wie sind die Wahlbereiche aufgeteilt?

Die Stadt Osnabrück ist zur Wahl des Rates nach einer Gesetzesänderung 2010 in acht Wahlbereiche aufgeteilt, deren Zuschnitt sich gegenüber der Kommunalwahl 2017 grundlegend geändert hat. In jedem Wahlbereich gibt es für die Wahl zum Rat der Stadt andere Stimmzettel. Für die Oberbürgermeisterwahl gibt es keine einzelnen Wahlbereiche.

Einige Wahllokale wurden im Vergleich zur Kommunalwahl 2017 aufgegeben, da sie nicht mehr zur Verfügung stehen oder nicht barrierefrei erreichbar sind. Details erfahren Sie beim Wahlbüro. Ihr Wahllokal ist auf Ihrer Wahlbenachrichtigung vermerkt.

### Informationen für Briefwähler

Es wird möglich sein, Briefwahlunterlagen zu beantragen. Briefwahl kann beantragen, wer verhindert ist, sein Wahllokal am Wahltag aufzusuchen.

Jeder Wahlberechtigte muss seine Briefwahlunterlagen persönlich beantragen. Dies kann entweder direkt im Wahlbüro erfolgen oder schriftlich per Post, per Fax oder durch Boten oder online. Wichtig ist die persönliche Unterschrift von jedem Antragsteller. Eine Beantragung durch eine andere Person ist nur mit spezieller Vollmacht möglich. Telefonisch können Briefwahlunterlagen nicht beantragt werden.

Die Aushändigung an eine andere Person als den Wahlberechtigten selbst ist nur ausnahmsweise zulässig. Auskünfte erteilt das Wahlbüro.

Für jede der Wahlen ist ein eigenständiger Antrag erforderlich. Der Versand der Briefwahlunterlagen erfolgt frühestens ab dem 16. August 2021, zu einer ggf. erforderlichen Stichwahl ab dem 15. September 2021.

### Weitere Informationen zur Kommunalwahl:

#### Wahlbüro

Sedanstraße 109  
49076 Osnabrück

ab 16.8.2021:

montags:	08:00–16:00 Uhr,	dienstags:	08:00–16:00 Uhr
mittwochs:	08:00–12:00 Uhr,	donnerstags:	08:00–17:30 Uhr
freitags:	08:00–12:00 Uhr		

zusätzlich

10.09.2021:	08:00–13:00 Uhr
24.09.2021:	08:00–18:00 Uhr

Wahlorganisation:

Wahlleitung, Informationen zum Wahlrecht und zu Wahlvorschlägen.

Uwe Schmidt,	Telefon: 0541 323-3063
Julia Heitmann,	Telefon: 0541-323-2508
Ute Selent,	Telefon: 0541 323-2201
Rami Fayoume,	Telefon: 0541 323-3005
E-Mail:	wahlen@osnabrueck.de
Internet:	wahlen@osnabrueck.de



**3 STIMMEN - FDP**

# **UNSER TEAM FÜR OSNABRÜCK**

## **ALS OBERBÜRGERMEISTER:**

**Dr. Thomas Thiele**

## **IN DEN WAHLBEREICHEN:**

**Annahita Maghsoodi**

*Gartlage, Innenstadt & Schinkel*

**Dieter Tiemann**

*Darum, Gretesch, Lüstringen, Schinkel-Ost & Widukindland*

**Linus Körbi**

*Fledder, Schölerberg & Voxtrup*

**Oliver Hasskamp**

*Innenstadt, Kalkhügel, Nahne & Sutthausen*

**Nemir Ali**

*Hellern & Wüste*

**Dr. Thomas Thiele**

*Innenstadt, Westerberg & Weststadt*

**Hinrich Geelvink**

*Atter, Eversburg & Hafen*

**Robert Seidler**

*Dodesheide, Haste, Pye & Sonnenhügel*

**OSNABRÜCK  
ENTSCHEIDET.**